Nr. 210 • Einzelpreis 10 Pfennig

Montag, 8. September 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hara 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung, 2,50 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hara 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319. Erfurt

Erregung und Einigung in Genf.

Englisch-französische Entschließung.

Genf, 7. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die **Sonnabendnachmittags-Sitzung des Völkerbundes** führte zu einer großen Ueberraschung. Präsident Motta unterbrach die Reihenfolge der eingeschriebenen Redner und teilte mit, daß die englische und französische Delegation eine gemeinsame Entschließung auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe. Die Entschließung beabsichtige, aus den großen Debatten dieser Tage die Schlußfolgerungen zu ziehen. Die gemeinsame Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammlung nimmt von den Erklärungen der vertretenen Regierungen Kenntnis. Sie erblickt in ihnen mit Genugtuung die Grundlagen einer Verständigung zur Aufrechterhaltung eines endgültigen Friedens. Um die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den verschiedenen hier ausgesprochenen Gesichtspunkten weiterbestehen, miteinander zu versöhnen und wenn dies geschehen ist, in möglichst schneller Frist durch den Völkerbund eine internationale Konferenz über die Abrüstungsfrage einberufen zu können, beschließt die Versammlung folgendes:

1. Der dritte Ausschuß wird damit beauftragt, die Dokumente über die Frage der Sicherheit und die Beschränkung der Rüstungen zu prüfen. Das soll geschehen vor allem unter Berücksichtigung der Bemerkungen der verschiedenen Regierungen über den Plan eines Vertrags zur gegenseitigen Hilfeleistung (Garantiepakt), der infolge der Resolution 14 der dritten Versammlung ausgearbeitet wurde und unter Beobachtung der anderen seit der Veröffentlichung des Vertragsprojekts vorbereiteten und dem Völkerbundsetariat übermittelten Pläne. Die dritte Kommission soll ferner die Vertragsprojekts prüfen, die der Völkerbundsrat hinsichtlich der Sicherheitsgarantien enthält und die im Falle eines Schiedsverfahrens oder einer Rüstungsbeschränkung notwendig werden könnten.

2. Die erste Kommission ist beauftragt: a) die Artikel des Völkerbundspaktes über die Regelung von Streitigkeiten im Hinblick auf etwaige Abänderungen zu untersuchen; b) zu prüfen, innerhalb welcher Grenzen die Bestimmungen des Artikels 36 § 2 der Satzung des internationalen Gerichtshofs zum Zwecke der Erleichterung einer Annahme dieser Klausel präzisiert werden können. Das Ziel soll sein, die Solidarität und die Sicherheit der Völker ihre Welt zu festigen, indem auf friedlichem Wege alle Streitigkeiten, die zwischen den Staaten entstehen könnten, gelöst werden."

Mac Donald, der als der eigentliche Verfasser der gemeinsamen Erklärung betrachtet wird, nahm nach der Bekanntgabe der Entschließung nochmals das Wort zu einer kurzen Rede, in deren Verlauf er die Entschließung gegliedert und begründete. Er schloß mit den Worten: „Mein Freund Herriot und ich gehen in der Regel auf derselben Straße auf verschiedenen Seiten. Aber unsere Wege und Ziele sind dieselben. Wir werden unseren Weg jetzt Arm in Arm in der Mitte der Straße fortsetzen." (Stürm. Beifall.) Dann sprach Herriot: Die Note, die wir Ihnen vorlegen, ist nur die Zusammenfassung des allgemein Geforderten. Wir stehen vor der Entscheidung der schwersten Stunde des Völkerbundes. Es handelt sich für jeden Staat darum, einen Teil seiner Autorität aufzugeben, um den Gedanken der internationalen Solidarität zu verwirklichen. Bei Beginn unserer Beratungen standen wir vor dem toten Punkt, den wir jetzt, wie ich hoffe, in einigen Minuten überwunden haben werden. Um ein so wichtiges Werk zu verwirklichen, bedurfte es nicht nur geistiger Kräfte, es bedurfte eines ungeheuren Glaubens, des stärksten Vertrauens. Wir alle sind von der festen Ueberzeugung beseelt, daß wir heute einen Schritt der internationalen Zusammenarbeit vollzogen haben. Das geschah durch das, was das Symbol unserer Zukunftsarbeit sein soll, durch das ehrliche Zusammenwirken aller. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen dafür danke.

Die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Das Ergebnis von Genf.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst:

Der Völkerbund setzt am Montag die Generaldebatte über die Sicherheits- und Abrüstungsfrage fort. Er genügt damit lediglich einer Formalität, denn praktischen Wert haben die jetzt noch zu erwartenden Reden kaum noch, weil das Ergebnis der Generaldebatte seit Sonnabend entschieden ist und in der von der Vollversammlung einstimmig angenommenen englisch-französischen Entschließung zum Ausdruck kommt. Diese Resolution überläßt die positive Erörterung des schwierigen Problems der Abrüstung und Sicherheit vorläufig einzelnen Kommissionen.

Es gibt natürlich überall Pessimisten, die den Abschluß der Sonnabendsitzung des Völkerbundes als ein besseres Begräbnis der zur Debatte stehenden Probleme betrachten. Wir sind nicht dieser Auffassung, obwohl darüber kein Zweifel bestehen kann, daß die Entschließung zunächst gefaßt wurde, um den bestehenden Schwierigkeiten auf der Vollkonferenz aus dem Wege zu gehen, ohne die Lösung der zur Erörterung stehenden Fragen aber aufzugeben. Uebrigens wird in der Entschließung ganz offen zugegeben, daß in Genf Meinungsverschiedenheiten bestehen und die Kommissionen den Versuch machen sollen, die Verschiedenartigkeit der bestehenden Auffassungen zu „versöhnen". Aber all diese Tatsachen gestatten nicht, jetzt ohne weiteres über den Völkerbund den Stab zu brechen und ihn als unfähig für die Lösung schwieriger Probleme zu bezeichnen. U. E. ist es nicht verwunderlich, wenn über die Frage der Abrüstung und Sicherheit sich in Genf keine einheitliche Auffassung zeigte, und wir sind ebenso wenig bestürzt darüber, daß es nicht gelungen ist, die bestehenden Auffassungen auf einer Linie zu vereinigen. Gerade die in Genf behandelten Fragen sind viel zu kompliziert, als daß sie von heute auf morgen gelöst werden können. Ihre Regelung ist schon deshalb sehr schwierig, weil jedes Land je nach seiner Lage und seinen Grenznachbarn spezialisierte Wünsche hat, die alle gehört und wenn möglich berücksichtigt werden müssen. Es ist z. B. für Mac Donald, den Vertreter des englischen Weltreiches, viel leichter, einer Lösung über die Abrüstung zuzustimmen, wie das Herriot als Vertreter einer Kontinentalmacht der Fall ist. Infolgedessen war u. E. von vornherein zu erwarten, daß die einzelnen Fragen bestimmten Kommissionen zur Beratung überwiesen wurden. Der Vollversammlung war unter diesen Umständen vorläufig nur die Aufgabe gestellt, die Arbeiten der Kommissionen zu umgrenzen. Das ist geschehen — Mac Donald und Herriot konnten deshalb am Sonnabend in der Ueberzeugung abreisen, daß sie dem Ziel ihrer Friedenspolitik ein großes Stück nähergekommen sind, indem sie zunächst sämtliche im Völkerbund vertretenen Mächte auf ihre Entschließung vereinigten, deren Sinn ist, „die Solidarität und die Sicherheit der Völker zu festigen, indem auf friedlichem Wege alle Streitigkeiten gelöst werden".

Vorläufig scheint es leider, daß dieses große Werk der Völkerversöhnung ohne Teilnahme Deutschlands eine Lösung erfahren soll. Es scheint so —, obwohl insbesondere der englische Ministerpräsident der Reichsregierung die Hand zum Eintritt geboten hat, ohne daß unsere Minister auf diese doppelte Aufforderung bisher etwas zu erwidern wußten. Vor allem hat offenbar Herr Stresemann wenig Neigung, sich seine Urlaubsfreuden in Nordernen von Genf aus stören zu lassen. Bleibt er bei dieser Auffassung, dann wird Deutschland auch in diesem Jahre noch nicht in den Völkerbund aufgenommen werden; denn es ist ganz ausgeschlossen, daß die Alliierten selbst einen Antrag auf den Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund stellen. Soweit ist es noch nicht. Deutschland wird sich also entweder selbst um die Mitgliedschaft bemühen müssen, wenn seine Aufnahme in den Bund der Völker noch in diesem Jahre erfolgen soll, oder aber es macht in den nächsten Jahren unter dem Druck der politischen Tatsachen ohne weiteres von selbst jenen Schritt, der zwölf Monate früher aus Kurzsichtigkeit vermieden wurde. Inzwischen darf dann das arme deutsche Volk Erfahrungen darüber sammeln, wie zweckmäßig es insbesondere mit Rücksicht auf das Reparationsproblem gewesen wäre, wenn Deutschland nicht nur mit den Nationen der Welt frühzeitig Fühlung genommen, sondern auch die Tribüne des Völkerbundes zur Propaganda und Aufklärung über die tatsächliche Lage unseres Landes benutzt hätte.

Aber was hilft's! Im kommenden Monat sollen die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung beginnen, und da kann man verstehen, wenn der Herr Reichsaußenminister gegenwärtig andere Sorgen hat, als den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wenn wir auch vorläufig fest davon überzeugt sind, daß diese innerpolitischen Sorgen keine Berechtigung haben und die Deutschnationalen im Oktober nochmals betrogen werden, so ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß dem Auswärtigen Amt die Notifizierung der Kriegsschuldnote viel Kopfzerbrechen macht. Gott sei Dank ist die angekündigte Note entgegen den Gerüchten in Genf und Paris bisher nicht notifiziert worden. Sie befindet sich noch unter den Akten des Auswärtigen Amtes. Aber die Tatsache, daß lediglich die Ankündigung eine große Erregung im Auslande verursacht hat, läßt erkennen, wohin es führen muß, wenn man in Deutschland dazu übergehen wollte, deutschnationale Politik zu treiben. Diese Politik kann Deutschland nur in den Abgrund führen. Unser Volk aber wünscht den Wiederaufstieg, die Politik der Vernunft, und darf von der Regierung mit gutem Recht verlangen, daß sie alles unterläßt, was einer derartigen Politik im Wege steht, aber auch alles tut, was sie fördern kann.

Eine wohlgemeinte Warnung.

Gemeinsamer Schritt Herriots und Mac Donalds bei der Reichsregierung.

Berlin, 8. September. (Eig. Radiomeldung.)

Der französische Botschafter in Berlin hat am Sonntag entsprechend dem Auftrage Herriots im Auswärtigen Amt vorgesprochen und in Abwesenheit Stresemanns den Stellvertreter v. Maltzahn darauf aufmerksam gemacht, daß eine amtliche Notifizierung der deutschen Kriegsschuldnote in Frankreich einen schlechten Eindruck hervorrufen würde. Heute wird der englische Vertreter im Auftrage Mac Donalds einen ähnlichen Schritt unternehmen.

Die Friedensbemühungen.

Aeußerungen der beiden Hauptpersonen.

London, 8. September. (Reuter.) Mac Donald ist gestern abend hierher zurückgekehrt. In einem Interview äußerte er: Die Grundlagen für den künftigen Frieden der Welt sind gut gelegt worden. Wir alle haben mit Recht und mit Einmütigkeit hinsichtlich des Zieles ums bemüht, um die Greuel des Krieges zu verhüten, zu dem die Welt getrieben werden würde, wenn Mißverständnisse, Eifersüchteleien und Rüstungen weiterbestehen könnten. Ein Anfang ist gemacht worden, und das Werk wird stetig fortgesetzt werden, bis wir das Ende sehen können.

Herriot sagte in einem Interview: Für die erste Zeit haben wir ernstlich praktische Maßnahmen ins Auge gefaßt, um den Frieden in Kraft zu setzen und zu sichern.

Genf, 8. September. (Eig. Radiomeldung.)

Die mit der Erörterung der Abrüstungsfrage von der Vollkonferenz beauftragten Kommissionen sollen bereits heute ihre Arbeiten aufnehmen. Die Generaldebatte der Vollversammlung soll möglichst am Dienstag abgeschlossen werden.

Diese „Kommunisten" und der Kommunismus.

Notwendige grundsätzliche Bemerkungen.

Die sachliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten muß jetzt von unsern Genossen mit aller Entschiedenheit geführt werden. Die jüngsten Leistungen der „kommunistischen" Parteileitung und Reichstagsfraktion geben dringenden Anlaß dazu. Der nachfolgende Artikel behandelt die Grundfrage, ob unsere „Kommunisten" Kommunisten oder Bolschewisten sind. Morgen werden wir einen Artikel des Genossen Ströbel über das Sozialisierungsgesetz der Kommunisten, diesen frivolen Volksbetrug, veröffentlichen.

Red. Volksbl.

Die Lage der Arbeiterbewegung ist nun schon seit zehn Jahren eine solche, daß sie jeden überzeugten Sozialisten und ehrlichen Revolutionär mit Trauer und Schmerz erfüllen muß. Der Keim von Wahnsinn, der in der großen Trennung während des Krieges lag, ist von den Bolschewisten zur reifen Frucht ausgebrütet worden: In den letzten Jahren folgten auf Geheiß Moskaus Spaltungen auf Spaltungen in der proletarischen Internationale, und als diese Methode nicht mehr verfing, verlegte man sich auf die innere Vergiftung und Zerrüttung der proletarischen Organisationen. Die heutige Trennung der Arbeiterbewegung in zwei sich heftig befehdende Lager ist schon der zur Methode gewordene Wahnsinn! Bisher verstand es aber die kommunistische Phraseologie und Demagogie noch immer leidlich, sich den Anschein ehrlicher revolutionärer Gesinnung zu geben, wenngleich der Eingeweihte auch wußte, daß sich hinter dem hemmungslosen Wortradikalismus oft Charakterlosigkeit und Feigheit verbarg. Seitdem nun aber die Leute, die sich bei uns zu Lande Kommunisten schimpfen, in dem Kampf um das Londoner Abkommen angefangen haben, die Sprache der Schwerindustrie, der Nationalisten und der Agrarier zu reden, mit den Argumenten der reaktionärsten und verkommensten Bourgeoisie der Welt zu operieren, in öffentlichen Reichstagssitzungen die Komplimente der Becker (Hessen), Graefe (Goldebee) und des Dr. Quaatz seelenruhig einzustecken —, seitdem die deutschen Kommunisten so tief gesunken sind, ist auch der Schein ehrlicher revolutionärer Gesinnung zerstört. Die kommunistische Selbstverniedrigung wurde noch weiter getrieben, als der Stoßtrupp Ruth Fischers und Werner Scholems das Parlament naturgetreu zur bayerischen Kirchweih degradierte, denn auch die unvermeidliche Schlußszene, die polizeiliche Abführung der Hauptdelinquenten fehlt nicht. Es ist, um einmal mit Goethe zu reden, keine Kunst, eine Göttin zur Hexe und eine Jungfrau zur Hure zu machen; aber zur umgekehrten Operation, Würde zu geben dem Verschmähten, wünschenswert zu machen das Verworfene, dazu gehört entweder Kunst oder Charakter. Da es der Partei Ruth Fischers und Werner Scholems ebenso an Kunst und Charakter gebricht, wie der von Grigor Sinowjew geleiteten bolschewistischen Internationale, so haben es diese Leute mit einem ungeheuren Aufwand von Kraft und niedrigem Instinkt fertiggebracht, die erhabene Idee des Kommunismus bis zur Unkenntlichkeit zu schänden. Jenen Narren und skrupellosen Elementen ist es gelungen, aus dem Kommunismus ein über und über besudeltes Zerrbild zu machen. Man könnte ob dieser Entartungen und Zerfallserscheinungen innerhalb der KPD. vielleicht Schadenfreude empfinden, wenn es nicht um mehr ginge: um immer noch große Teile irregeleiteter Proletariermassen und um die Zugrunderichtung eines großen Gedankens. Wir glauben der hier drohenden Gefahr und ihrer Vorbeugung nicht besser Ausdruck geben zu können, als mit der Wiedergabe von außerordentlich wertvollen Ausführungen, die Max Adler in seiner kürzlich erschienenen Schrift: „Neue Menschen" zu dieser Frage macht; er schreibt:

„Der Kampf gegen die sogenannten Kommunisten, die in Wirklichkeit die Anhänger der russischen Taktik des Bolschewismus sind, also eigentlich richtiger Bolschewik genannt werden müßten, hat zu einem sehr betrübenden Resultat geführt. Die Heftigkeit des Gegensatzes zwischen Sozialdemokraten und „Kommunisten" und die verbetzende, unsere besten Genossen verdächtigende und beschimpfende Art, in der die „Kommunisten" ihren Kampf führen, hat es mit sich gebracht, daß heute für viele sozialdemokratische Arbeiter, die keine tiefere, sozialistische Schulung haben, was leider ja nicht selten ist, der Name „Kommunist" fast zum Schimpfwort geworden ist. Sie stellen sich unter Kommunismus nur mehr die gegnerische, von ihnen bekämpfte Gruppe vor, die ihnen nach ihrer ganzen Art und Kampfesweise keine Achtung abgerungen und schließlich sogar den Gedanken des Kommunismus selbst verächtlich gemacht hat. Demgegenüber müssen wir aber mit allem Nachdruck darauf aufmerksam machen, daß die sog. Kommunisten mit Unrecht die Idee des Kommunismus, die seit dem Kommunistischen Manifest jedem Proletarier teuer ist, für sich allein in Anspruch genommen haben. Dadurch ist es ihnen gelungen, viel Verwirrung ins Proletariat zu bringen, und die Sache so darzustellen, als ob nur sie die echten Schüler von Marx und Engels wären, die ja beide Kommunisten waren, und die Lehre des Kommunismus wissenschaftlich begründet haben. Wir Sozialdemokraten müssen darauf antworten, daß wir schon Kommunisten waren, ehe es eine Partei der „Kommunisten" gab, und daß wir auch heute uns diese Idee des Kommunismus nicht rauben lassen, die zu unserem revolutionären Programm gehört. Was uns von den sog. Kommunisten unterscheidet, ist nicht, daß diese Kommunisten sind und wir etwa nicht, sondern daß wir das Ziel des Kommunismus auf anderem Wege erreichen wollen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409081-12/fragment/page=0001

wie sie. Die „Kommunisten" halten den Weg des russischen Bolschewismus für den allein richtigen. Wir lehnen dies ab, da der russische Weg eben nur in Rußland gegangen werden konnte, übrigens auch dort keineswegs zu dem ersehnten Ziele geführt hat. Wir lehnen den „Kommunismus" ab, gerade weil er uns nicht das richtige Mittel zur Begründung der kommunistischen Gesellschaft ist, die auch wir erstreben, und welche die Bedingung des Sieges der Idee des Sozialismus ist. Erst in einer Gesellschaftsordnung, in der die Klassen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beseitigt sind, in der alle Produktionsmittel im Eigentum der Gesellschaft stehen, und in der nach einem gemeinschaftlichen Plan die Produktion und Verteilung der Güter stattfindet, kann sich jene neue Kultur entfalten, die wir als sozialistische Kultur ersehnen. Halten wir also Bolschewismus und Kommunismus auseinander; es wird dann für jeden Genossen klar sein, daß zwar jeder Sozialist ein Kommunist sein muß, aber nicht jeder Kommunist ein Bolschewist."

Die grundsätzliche Trennung zwischen Kommunismus und Bolschewismus ist um so notwendiger, als die Gefahr, der es hier tatkräftig und planmäßig zu begegnen gilt, internationalen Charakter trägt. Insbesondere in Rußland selbst, dem Sowjet-Paradies aller naiv-gläubigen Seelen, ist die Verrenkung und Verzerrung der kommunistischen Idee, namentlich seit Lenins Ausscheiden aus der Staatsleitung, in Reinkultur vorhanden. Ein 180-Millionen-Volk, das Großes geleistet, dem eine noch größere Zukunft winkt, wird von einer beschränkten und verbohrten Parteidiktatur als willfähriges Experimentierobjekt mißbraucht. Nach langem Siechtum ist die Wirtschaft einesteils heute noch das Versuchsfeld für die wunderlichsten Dogmatiker, anderntells muß sie wohl oder übel dem Kapitalismus wieder ausgeliefert werden. In der Verwaltung herrscht Korruption schlimmster Art, in der Rechtspflege triumphiert wütender Terror, nicht etwa in der Hauptsache gegen die Konterrevolutionäre, sondern gegen andersdenkende Klassengenossen. Die Berichte von den Teufelsinseln im Weißen Meer reden eine beredte Sprache. Von Kommunismus oder Sozialismus ist nirgends eine Spur. Das geben die Bolschewisten überdies selbst zu. Was sie geschaffen haben, ist lediglich die bolschewistische Staatsmacht. Ein großer Teil der Weltöffentlichkeit aber betrachtet das bolschewistische Fiasko als das Scheitern des Kommunismus, des Sozialismus. Gegenüber diesem verhängnisvollen Irrtum gilt es immer wieder laut und deutlich zu sagen: was in Rußland fehlgegangen ist, ist nicht der Sozialismus oder der Kommunismus, sondern allein der ganz anders geartete Bolschewismus. Der Bolschewismus hat als schöpferische, gesellschaftsbildende Kraft in der Tat versagt, wie es die Sozialisten von Anfang an vorausgesagt haben.

Der notwendige Kampf gegen die gewaltsame Uebertragung bolschewistischer Methoden auf andere Länder muß aber, wenn er unter größeren Gesichtspunkten der Arbeiterklasse dauernden Nutzen bringen soll, im Sinne der Ausführungen Max Adlers geführt werden. Die schließliche Ueberwindung des russischen wie des außerrussischen Bolschewismus wird von zwei Seiten zu erfolgen haben: von der wirtschaftlichen, indem wir dauernd bemüht sind, im Kampfe gegen die kapitalistischen Mächte die materielle Lage der Arbeiterklasse zu bessern, von der geistigen, als wir praktisch und theoretisch selbständige proletarische Klassenpolitik zu unserer Hauptaufgabe machen. Es wäre im Interesse der Arbeiterbewegung und des Sozialismus tiefbedauerlich, wenn das letztere leichtfertig in den Wind geschlagen würde. Letzten Endes wird es das Entscheidende sein! Das heißt also: je mehr wir in unserem politischen Tageskampf Sozialisten und Kommunisten sind, nicht im Geiste Sinowjews, sondern im Geiste unserer Altmeister Marx und Engels, desto leichter wird es möglich sein, die sog. Kommunisten vor der Arbeiterklasse als das zu entlarven, was sie in Wahrheit sind: russische Bolschewisten!

Wir bekämpfen die „Kommunisten" nicht, weil sie Kommunisten sind, sondern wir bekämpfen sie, weil sie keine sind!

Gedächtnisfeier für Ludwig Frank.

Mannheim, 8. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Sozialdemokratische Verein Mannheim veranstaltete am Sonntagvormittag im Musensaal des „Rosengarten" eine Erinnerungsfeier für den am 4. September 1914 gefallenen Führer der badischen Sozialdemokratie, Dr. Ludwig Frank. Die Gedächtnisrede hielt Genosse Marum (Karlsruhe), der das Bild des Kämpfers den zahlreichen Anwesenden vor Augen stellte, seinen Kampf um den Sozialismus, um den Frieden unter den Völkern, seine innere Einstellung der Hinüberführung des Sozialismus aus der Periode der Agitation in die Staatspolitik, sein Glaube, daß es um die Verteidigung des Vaterlandes gehe, dem er sich dann auch freiwillig geopfert hat. Er war als Kämpfer, Politiker und Mensch eine ganze Einheit. Sein Tod ist ein Symbol für die Millionen Deutschen, die im Krieg geblutet haben, aber auch für die Menschen anderer Nationen, die draußen geblieben sind. Mit dem Gelöbnis, für die Ideale Franks weiterkämpfen zu wollen, schloß der Redner seine Ausführungen, die im übrigen von hochwertigen künstlerischen Darbietungen umrahmt waren.

Die Marneschlacht.

Wie das deutsche Volk betrogen wurde.

In diesen Tagen sind zehn Jahre verflossen, seit die große Marneschlacht geschlagen wurde. Sie war, wie heute von der Kriegswissenschaft fast allgemein anerkannt wird, die eigentliche Entscheidung des Weltkrieges, und sie fiel zu Deutschlands Ungunsten. Der Schlieffensche Plan, erst durch einen Angriff über Belgien her den westlichen Gegner zu erledigen, um dann freie Hand gegen den östlichen zu erhalten, war gescheitert. Nach dem Rückzug an der Marne erstarrte der Westkrieg in den Schützengräben und stellte vier Jahre lang die ungeheuersten Anforderungen an Menschen und Material. Schließlich ging er, nachdem der Ostkrieg siegreich beendet war, verloren. Es ist verhältnismäßig gleichgültig, ob die deutsche Heeresleitung damals infolge vorangegangener falscher Operationen genötigt war, den Rückzug auszuführen, oder ob dieser Rückzug ohne Not erfolgte und selber eine falsche Operation war. Tatsache bleibt, daß der Schwung des deutschen Angriffs an der Marne erlahmte, daß eine schwere Niederlage eingetreten war, die nie wieder ausgeglichen wurde und nach vier Jahren in die Katastrophe mündete.

Jetzt widmet General der Infanterie v. Kuhl in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" der verlorenen Marneschlacht einen Aufsatz, in dem es heißt:

„Unsere herrliche Truppe von 1914, die an aufopfernder Hingebung, an Schwung, Ausdauer und Angriffsgeist in der Marneschlacht sich selbst überbot, vermochte manchen Fehler der Führung auszugleichen, aber nicht alle. Wer die Truppe damals auf dem Marsch und im Kampfe gesehen hat, wird ihrer mit Bewunderung gedenken."

Der Mann aus dem „gemeinen Volk" hat also in der entscheidenden Schlacht des Weltkriegs mehr als seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Versagt hat die Führung. Und dann hat das „gemeine Volk" wieder vier Jahre lang ausgehalten, bis schließlich die Führung „die Nerven verlor". Das war — der Dolchstoß! Wer hat während des Krieges in Deutschland gewußt, daß die entscheidungsreichste Bataille des Weltkrieges verloren wurde? Von einem engen, eingeweihten Kreis abgesehen, kein Mensch! Die Zeitungen durften darüber nicht berichten. Und in der Pressekonferenz, die angeblich dazu eingerichtet war, daß besonders vertrauenswürdigen Journalisten vollkommen reiner Wein eingeschenkt werden könne, versicherte der Vertreter der Obersten Heeresleitung mit lächelndem Munde, die Nachricht von einer deutschen Niederlage sei französischer Schwindel; es handle sich um eine freiwillige, wohlüberlegte strategische Maßnahme, deren Zweck man später noch erkennen werde. . . .

So wurde das Volk belogen und betrogen. Daß man zu guter Letzt noch dieses arme Volk für die Fehler der Führung verantwortlich machen und ihm durch die Dolchstoßlüge die Schuld am Zusammenbruch zuschieben wollte, das gehört zu den schlimmsten Gemeinheiten, die jemals von Herrschenden begangen worden sind.

Frankreich feiert das Gedenken an die Marneschlacht.

Eine Rede Herriots auf dem Schlachtfelde.

Paris, 8. September. (Radiomeldung.)

Der französische Ministerpräsident Herriot ist am Sonntagvormittag gemeinsam mit Mac Donald auf dem Lyoner Bahnhof in Paris eingetroffen. Die Menge empfing die beiden Ministerpräsidenten mit begeisterten Hochrufen. Das gleiche war auf dem Bahnhof du Nord der Fall, von wo Mac Donald um 10 Uhr nach Dover weiterreiste. Herriot verließ ihn erst bei Abgang des Zuges.

Gegen Mittag begab sich Herriot nach Meaux, wo der zehnte Jahrestag der Marneschlacht von einer aus Paris und Umgebung zusammengeströmten vieltausendköpfigen Menge gefeiert wurde. Nach einer Begrüßungsrede des Bürgermeisters nahm der französische Ministerpräsident das Wort. Er feierte einleitend die Heerführer der Marneschlacht und die bestehende Einigkeit der Alliierten. Sodann rief Herriot aus: „Ich habe in Genf die Unschuld unseres Landes hinausgeschrien und seinen Willen, nicht zuzulassen, daß Frankreichs Sicherheit gefährdet werde. Wir haben die Freude, zu sehen, daß mit der Idee der Gerechtigkeit der Friede anbricht. Es gibt keine Abrüstung ohne Sicherheit. Ich habe angesichts der ganzen Welt gesprochen und würde mich wundern, wenn meine Worte nicht auch dort gehört werden, wo man glaubt der Welt einreden zu können, daß Belgien 1914 Deutschland angegriffen habe. Frankreich, das die wunderbare Last der von der Barbarei bedrohten Zivilisation trägt, muß sich wieder eine finanzielle Rüstung und eine physische Gesundheit schaffen. Wir müssen uns nie wieder unter die Lüge beugen, welche die Hoffnungen des Vaterlandes in sich schließt. Mein Appell ergeht an das ganze Vaterland. Niemand darf vergessen, daß er der Sohn desselben Landes ist. Wir dürfen nicht untereinander in Zwietracht leben und daher ist mein letztes Wort mein Appell an die Brüderlichkeit im Vaterlande." Die Rede wurde begeistert aufgenommen.

Von Meaux aus begab sich Herriot nach Trilbardon, wo ein von der Stadt Paris gestiftetes Denkmal zu Ehren des Marschalls Galeni eingeweiht wurde. Hier hielt Nollet die Festrede, in der er u. a. ausführte: Sechs Jahre sind verflossen und der Hunger ist noch gewachsen. Wenn wir am Horizont die Morgenröte aufsteigen sehen und das Recht haben, voll Vertrauen in die Zukunft zu blicken, so haben wir auch die Pflicht, stark und wachsam zu bleiben. In Genf hat unser Ministerpräsident in prächtiger und ergreifender Rede Frankreichs Stimme hören lassen. Er hat vor dem Völkerbunde betont, daß der Friede eine Realität sein muß, weil auch der Krieg eine Realität ist. Frankreich hat zu viel gelitten, um zu dulden, daß das Ideal der Gerechtigkeit und des Friedens eine Prämie für neue und blutige Angriffe werden kann.

Deutschlands Unschuldsbeteuerung.

Halle, 8. September.

In Genf rief am Sonnabendnachmittag eine Mitteilung Pariser Nachmittagszeitungen große Erregung hervor, die meldeten, die Premierminister von Frankreich, England und Belgien hätten vom Reichskanzler Marx einen Brief erhalten, in dem dieser zu erkennen gegeben haben soll, daß er nicht mehr länger mit der Proklamation der Reichsregierung, in der feierlich die Verantwortung Deutschlands für den Krieg zurückgewiesen wird, warten könne. Dem Vertreter des „Sozialdemokratischen Parlaments-Dienst" erklärte der französische Ministerpräsident, er könne nicht begreifen, wie in demselben Augenblick, wo er und Mac Donald versuchen, für die Zukunft den Frieden zu organisieren, die Reichsregierung sich überhaupt mit dem Gedanken befassen kann, eine solche Note loszulassen. Er könne im Augenblick nichts anderes tun, als diese Note abzuwarten und ihr gegebenenfalls energischen Protest entgegenzusetzen. Aus einer untenstehenden Meldung ist ersichtlich, daß dieser Schritt, gemeinsam mit Mac Donald, gestern unternommen worden ist. Inzwischen hat die Reichsregierung durch WTB. mitteilen lassen, daß die Meldung der Pariser Blätter unrichtig ist. Aus der Fassung der Meldung geht leider nicht hervor, daß die Regierung Marx endgültig den Gedanken aufgegeben hat, mit der Aufrollung der Kriegsschuldfrage die Verhandlungen in Genf aufs empfindlichste zu stören. Das erste Wort einer führenden französischen Persönlichkeit war, als die Absicht der Reichsregierung durchsickerte: „Wenn das deutsche Auswärtige Amt im Solde der französischen Nationalisten stehen würde, könnte es nicht anders handeln." — Henderson hat sich, wie uns aus Genf berichtet wird, für die Sonnabendsitzung zum Wort gemeldet, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu befürworten. Auf das Bekanntwerden der Nachricht ließ er sich sofort streichen. Ein anderes Mitglied der englischen Delegation erklärte: „Wenn Deutschland das tut, dann ist alles kaputt." Ein belgischer Delegierter meinte: „Wenn sich Deutschland vollkommen mit Ruhm bedecken will, dann darf es ja nicht versäumen, diese Unschuldserklärung auch in Brüssel zu notifizieren. Sie wird dort ganz besonderem Verständnis begegnen."

Deutschlands Lage war nach dem Stande der Verhandlungen vom Sonnabend günstiger denn je. Herrn Stresemann ist es gelungen, die ganze Atmosphäre wieder zu verderben, nur um sich bei den Deutschnationalen und einer kommenden Bürgerblockregierung beliebt zu machen. Wie lange wird sich Deutschland diese Außenpolitik noch gefallen lassen?

Genf, 8. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der französische Ministerpräsident empfing am Sonnabend eine Delegation der deutschen Liga für Menschenrechte. Er erklärte u. a., daß er gegen den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht den geringsten prinzipiellen Einwand erheben werde. Auch habe er nichts dagegen einzuwenden, daß Deutschland einen permanenten Sitz im Völkerbundsrat erhalte; aber in aller Offenheit müsse er sagen, daß die angekündigte offizielle deutsche Note über die Schuldfrage für die wünschenswerte Einigung Deutschlands mit der Kulturwelt von ganz verhängnisvoller Wirkung sei. Dieser Schritt bedeute geradezu eine fürchterliche Blindheit. Man habe damit auch seiner eigenen Politik den stärksten Knüppel zwischen die Beine geworfen.

Sofortige Freilassung der politischen Gefangenen.

Fast restlose Rückkehr der Ausgewiesenen.

Mainz, 7. September. (WTB.)

Wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist gestern eine Verfügung des Kommandierenden Generals der Rheinarmee Degoutte an die französischen Divisionsgenerale ergangen, wonach die politischen Gefangenen sofort zu entlassen sind.

Paris, 8. September. (WTB.)

Nach einer Meldung aus Düsseldorf ist allen im neubesetzten Gebiete und im Düsseldorfer Brückenkopf wohnenden Ausgewiesenen die Rückkehr gestattet worden mit Ausnahme von sechs Personen, nämlich: Regierungspräsident Grützner (Düsseldorf), Landrat Schöne (Essen), Polizeipräsident Niedermayer (Essen), Bürgermeister Hamm (Recklinghausen), Polizeiinspektor Reisenrath (Herne) und Polizeikommissar Porath (Wanne).

Düsseldorf, 7. September. (Eig. Drahtbericht.)

Der Umschlagverkehr im Ruhrorter Hafen ist wieder eröffnet. Die Verwaltung der Duisburg-Ruhrorter Häfen teilt deshalb mit, daß die Sendungen bis auf weiteres in Ruhrort wieder umgeschlagen werden können, sobald die Ruhrorter Kipper wieder aufnahmefähig sind.

Verkannte Weltrevolutionäre.

Die Welt, die sich in letzter Zeit nur um das Londoner Abkommen und andere Kleinigkeiten gekümmert hat und die größten Heldentaten der Kommunisten beharrlich totschweigt, weiß noch gar nicht, was für ein welterschütterndes Ereignis, das beinahe die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen hätte, sich jüngst im Kopenhagener Hafen zugetragen hat. Sie weiß es nicht, weil die Nachrichtenbureaus, diese Meinungsfabriken der Bourgeoisie und der Sozialverräter, es ihr nicht mitgeteilt haben.

Und das kam so. Die dänischen Kommunisten hatten in Wirklichkeit, anders als das nur immer arbeitende und arbeitende Ministerium Stauning, den Kampf gegen den Fascismus aufgenommen. Jawohl, und den Fascismus geschlagen — bloß umgekehrt.

An der Langenlinie lag nämlich eine Reklamemarke Mussolini, ein italienischer Kreuzer, auf Besuch. Und eines schönen Abends sammeln sich vor diesem kanonenstarrenden Fascistenlindwurm heldenmütige Kommunistenjünglinge, bewaffnet mit roten Fahnen und Fähnchen. Aus ihren Männerbrüsten dröhnt ein Kampfgesang gegen den Fascismus, italienisch gedichtet, italienisch gesungen — mit Kopenhagener Dialekt. Darum hörten erst die italienischen Matrosen wohlwollend dem Ständchen zu, bis mit Rufen heiligen Zorns wie „Lazzaroni", „Mussoliniknegt", „Makkaronifascisti" die furchtlosen Weltrevolutionäre den harmlosen Fischersöhnen von Nervi und Neapel klargemacht hatten, daß man sie geistig und sängerisch vernichten werde. Schließlich schimpfen die Matrosen wieder und schließlich sprangen sie an Land, und aus dem Sängerkrieg wäre beinahe ein Boxkampf geworden, wenn die Weltrevolutionäre sich nicht so eilig nach rückwärts konzentriert hätten. So hatten nur die Kurzbeinigsten Verluste, während es den kommunistischen Führern nicht gelang, die Märtyrerkrone einer italienischen Ohrfeige zu erlangen.

Am nächsten Tage: Protestversammlung des revolutionären Proletariats — 200 Mann, darunter 150 Spaziergänger —. Revanchekrieg gegen einen Redakteur der „Politiken", der in die Racheschwüre nicht mit eingestimmt und in ein Auto flüchten muß.

Am Abend: Zustand der drohenden Kriegsgefahr. Der Herr Kommunistengeneral — ohne Märtyrerkrone — klingelt Sturm hinauf zum sozialdemokratischen Verteidigungsminister. Er verlange als Däne, daß der Verteidigungsminister die Abfahrt des italienischen Kreuzers verhindert! Was gedenkt das sozialistische Ministerium zu tun, um die Ehre der geschlagenen dänischen Staatsbürger wiederherzustellen?

Die Stimme des Kommunisten donnert und bebt vor Kampfeseifer, Staatsbürgertum, Nationalstolz. Er weiß, was er seiner Nation schuldig ist. Er tobt und fordert.

Aber natürlich — Sozialverräter! Der sozialistische Minister läßt den Fascistenkreuzer ruhig abfahren, Kopenhagen mobilisiert nicht — und die 10 Kommunisten haben ihre Backpfeife weg.

Und solch Märtertum verschweigt Europa!

Humor aus Schulaufsätzen.

„Kurfürstin Luise Henriette von Brandenburg bekam einen Sohn; auch die Kartoffel verdankt ihr ihr Dasein."

„Die Feuersbrünste werden häufig durch Kinder verursacht. Diese entstehen durch Leichtsinn, Unvorsichtigkeit und auch durch Spielerei."

„Im Vordergrund liegt ein See, in dessen Fluten sich die Umgebung spiegelt. Am jenseitigen Ufer melken Sennerinnen ihre Kühe. Im Wasser ist dies umgekehrt."

„Erwägen wir alle erörterten Umstände, so sind wir mit dem großen Dichter Schiller berechtigt zu sagen: Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie vor Zeugen Böses muß gebären."

„Die gehetzte Gemse sprang von Klippe zu Klippe. Endlich konnte sie nicht mehr weiter. Vor ihr gähnte der Abgrund und hinter ihr der Verfolger."

Moralische Betrachtung in einem Aufsatz, der Goethes „Fischer" behandelt: „Der Dichter zeigt uns, wie gefährlich einerseits das Wasser ist, mahnt uns aber auch zugleich anderseits, daß man sich nicht zu sehr den verschiedenartigsten Reizen hingeben darf . . ."

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Montag, 7½ Uhr „Emilia Galotti" mit Luise Lessing als Emilia. Dienstag „Das silberne Kaninchen". Mittwoch und Freitag 7 Uhr „Faust". Donnerstag in vollständig neuer Einstudierung „Tristan und Isolde".

Die Neger wollen schwarze Heilige.

Recht merkwürdige Nachrichten treffen von dem Negerkongreß in Neuyork ein. Das Erwachen der schwarzen Rasse wirft seine Schatten nicht nur auf die Politik, sondern berührt auch die Religion. So wurde vor einigen Tagen von Delegierten des Kongresses beschlossen, dem „weißen Christus" einen „schwarzen Christus" und eine „schwarze Madonna" gegenüberzustellen. Die Neuerer bekannten sich zum Glauben, daß Moses, David und Salomo, wenn sie nicht schwarz gewesen seien, so doch mindestens eine neutrale Farbe gehabt hätten. Der Bischof Georg Alexander Mac Guire von der orthodoxen afrikanischen Kirche erklärte: „Wir müssen unsre Zeichner und Maler beauftragen, eine neue Bibel zu illustrieren, in der alle Weißen durch Angehörige unserer Rasse ersetzt sind." Auf der Rednertribüne befand sich ein in Gold gerahmtes Gemälde, das einen äthiopischen Christus und eine schwarze Jungfrau darstellte. Der Bischof räumte ein, Christus könne vielleicht rotbraun, keinesfalls aber weiß gewesen sein, und wenn er heute noch einmal auf die Erde niederstiege und nach Neuyork käme, werde er gezwungen sein, im Negerviertel zu wohnen.

Diese letzte Behauptung ist nicht ohne Vernunft. Der Versuch, einen schwarzen Christus zu schaffen, aber steht zum mindesten nicht auf einer niederen Stufe als das völkische Bestreben, Christus zum Arier oder gar zum Germanen zu machen.

Christiania—Oslo—Opslo. Die Hauptstadt von Norwegen soll nach einem bereits mitgeteilten Entschluß des Parlaments vom 1. Januar 1925 an ihren alten Namen Oslo, den sie vor der Dänenherrschaft führte, wiedererhalten. Diesen Entschluß haben die Unentwegten durchgesetzt; aber schon regen sich weitergehende Ansprüche. Wenn der Name schon geändert werden soll, dann soll es auch der reine, alte, norwegische Name sein, der ursprünglichste, den man finden kann. Und der ist nicht Oslo, der nur durch nachlässige Aussprache entstanden ist, sondern Opslo. Ist man aber auch wirklich ganz sicher, daß man mit diesem letzten Vorschlag genügendweit in der ehrenreichen Geschichte Norwegens zurückgeht? Vielleicht kommt bald jemand und weist auf einen ganz anderen Namen hin, den die Stadt in der Steinzeit getragen haben soll

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409081-12/fragment/page=0002

Der gekrönte Narr.

Neue Urteile aus Wilhelms vertrautester Umgebung.

Fast zu gleicher Zeit erscheinen im Buchhandel zwei neue wichtige Beiträge zu dem Charakterbild, das von dem letzten Kaiser bereits feste Gestalt gewonnen hat. Da ist zunächst eine Biographie der Frau Henriette Schrader, der Gattin des bekannten freisinnigen Reichstagsabgeordneten Karl Schrader. Henriette Schrader gehörte zu den Vertrauenspersonen der Kronprinzessin Viktoria, der Mutter Wilhelms II. In Briefen und Gesprächen hat diese Mutter über ihren ältesten Sohn sich zu Frau Schrader wiederholt in der offenherzigsten Weise ausgesprochen. Als der 99-Tage-Kaiser Friedrich III., der Vater Wilhelms, seinen schweren Leiden erlegen war, wurde Frau Schrader ins Schloß gerufen, und dort hörte sie von der Witwe des Verstorbenen und ihrer Umgebung von der unglaublichen Art, in der der eben zum Kaiser gewordene Sohn mit seiner Mutter umgesprungen war. Frau Schrader schrieb darüber:

„Fräulein Fuhrmann teilte mir im leisen Flüstertone Dinge mit, wie sie das „Der König ist tot, es lebe der König!" in einer Weise mitdurchlebt hat, wie sie es als unmöglich gedacht. Mit dem letzten Atemzuge unseres Heißgeliebten war die Welt verwandelt für sein Liebstes, was er besaß. Mit dem Sinken der Krone von ihrem Haupte sank die Untergebenheit der Höflinge — wendeten sie sich der aufgehenden Sonne zu, denn die untergehende hatte nichts mehr zu spenden, wonach die beutegierigen Hände haschten. ... **Ich will jetzt nicht reden von der Roheit eines Sohnes, der Kaiser geworden** und durch diese Würde zugleich die Vormundschaft seiner Mutter und Schwestern in die rauhe Soldatenhand bekommen hat, dem durch die **Vorliebe zum Säbel** die feinen Fühlfäden, die mit dem Herzen zusammenhängen, abgestorben sind. Fräulein Fuhrmann hat nach dieser Richtung hin Unglaubliches erlebt."

Im Juli 1888 hatte der nationalliberale Professor Treitschke eine Rede gehalten, die die Persönlichkeit des verstorbenen Kaisers Friedrich aufs gehässigste herabsetzte. Von dieser Rede sprach Viktoria zu Frau Schrader: „Eins hat mich tief verletzt: die Auslassung von Treitschke; es ist unglaublich, daß ein Professor so schreiben kann." Und Frau Schrader, die über dieses Gespräch in einem Briefe berichtet, fügt hinzu: „Was wird sie sagen, wenn sie erfährt, daß **ihr Sohn Wilhelm wirklich ein Dankestelegramm an den ehrenwerten Professor sandte!"**

Demnächst erscheint im Verlag Gebrüder Paetel, Berlin, ein Buch des konservativen Historikers Johannes Haller: **„Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld"**, aus dem das „Berliner Tageblatt" schon jetzt Auszüge veröffentlicht. Eulenburg war bekanntlich einer der Vertrautesten Wilhelms und konnte ihm manche Dinge sagen, die andere auszusprechen sich nicht getrauen durften. In einem Bericht an Bülow vom 14. Juli 1899 erzählt Phili von einem Gespräch, das er bei einem einsamen Spaziergang gelegentlich einer Nordlandfahrt mit Wilhelm geführt hatte:

„Seine Majestät machte einen ziemlich **heftigen Ausfall** gegen die Elemente, **„die eine Rücksicht nicht verdienten,** und die man nicht zu fürchten brauche". Ich sagte hierauf, daß ich trotz der Ansicht Seiner Majestät, es säße der „Kaiser" zu tief in den deutschen Herzen, als daß ein anderer darin Platz hätte, an meinem Standpunkt festhalten müsse, den „Bismarckismus" zu schonen. **Seine Majestät unterschätze gewisse Gefahren, die im Staatsleben jeden Augenblick in Erscheinung treten könnten. Wenn Seine Majestät die öffentliche Meinung einmal durch etwas reize, so könne es unter Umständen eintreten, daß er in eine Zwangslage käme.** Der Kaiser war durch diese Wendung des Gesprächs sehr betroffen und fragte mich, wie ich mir eine Zwangslage vorstelle? — und wer die Leute seien, von denen ich eine solche befürchten könne? Ich erwiderte, es könne z. B. bei einer gefährlichen politischen Situation, die vielleicht durch eine Unvorsichtigkeit Seiner Majestät hervorgerufen oder verstärkt worden wäre, die Regierung zurücktreten, um Seine Majestät zu decken — sie könne auch fortgedrängt werden. **Dann würde unter Umständen im Reiche eine Aktion unternommen werden, die auf eine Abdankung oder Entmündigung des Kaisers hinziele.**

Der Kaiser wurde recht ernst bei dieser Betrachtung und fragte von neuem, wer solche Gedanken hegen könne? Wie man vorgehen wolle? Ich erklärte sehr bestimmt, daß ich Namen nicht nennen wolle und werde, weil ich keine Beweise in Händen hätte und aus einer akademischen Betrachtung keine Tatsachen konstruieren wolle. Aber ich könne Seiner Majestät ein Wort mitteilen, das eine von ihm hochverehrte Persönlichkeit, Kardinal Hohenlohe, als letztes an mich vor seinem Tode sehr eindringlich gerichtet habe: „Ich weiß," sagte der Kardinal, „daß Sie dem Kaiser absolut ergeben und auch in der Lage sind, ihm ganz offen einen Rat zu erteilen. Der Kaiser soll auf seiner Hut sein, sehr vorsichtig.

> **Ich weiß positiv, daß der Gedanke, ihn für unzurechnungsfähig zu erklären, in vielen Köpfen erwogen wird, und sehr viele, auch hohe Persönlichkeiten, gern ihre Hand dazu leihen würden, das Verfahren einzuleiten. Warnen Sie den Kaiser."**

Ich fügte hinzu, daß der Zufall heute die Unterhaltung in dieser Richtung geführt habe. Ich warnte nun jetzt den Kaiser."

Wenige Tage später berichtet Eulenburg an dieselbe Adresse von einem weiteren Gespräch, bei dem Wilhelm sich über den Parlamentarismus abfällig äußerte und bei dem Eulenburg unter allerhand schmeichlerischen Redensarten Wilhelm begreiflich zu machen suchte, daß ein Vorgehen des Kaisers gegen den Reichstag böse Folgen haben werde:

„Durch Reden, durch Telegramme erwecken Ew. Majestät den Eindruck, den absoluten König wieder aufleben lassen zu wollen. Das aber wird von keiner Partei des ganzen Reiches mehr verstanden und begriffen. **Der Parlamentarismus sitzt tief in allen deutschen Knochen, — und der von Ihnen behauptete Zusammenbruch des Parlamentarismus ist nur eine Unzufriedenheit mit einigen Formen desselben."** „Ich beanspruche für mich", antwortete Seine Majestät nicht ohne Schärfe, „das freie Wort wie jeder deutsche Mann! Ich muß sagen, was ich will, damit die vernünftigen Elemente wissen, wie und wem sie folgen sollen. **Wenn ich schweige, würde das völlig „fertige" Bürgertum gar nicht wissen, was es zu tun hat!"**

Schließlich deutete Eulenburg sogar an, daß das Volk in seiner Mehrheit sich in einem Gegensatz zum Kaiser befinden könnte, worauf Wilhelm prompt erwiderte: **„Wäre dies wirklich der Fall, so kommt es eben zu einer Revolution — und in irgendeiner Form muß es doch einmal krachen. Alles führt darauf hin, und man muß deshalb den Kampf akzeptieren."**

Das alles war schon im Jahre 1899, also vor nunmehr 25 Jahren! Schon damals rechnete Wilhelm mit einer Revolution und die „Großen" spielten mit dem Gedanken, den gekrönten Hansnarr entmündigen zu lassen! Man hat ihn nicht entmündigt. Man hat ihn weiter schwätzen und telegraphieren lassen, bis er die ganze Welt gegen Deutschland aufgebracht hatte. Und das Volk hat keine Revolution „gemacht", bis der militärische Zusammenbruch auch die letzten Reste des absoluten Monarchismus hinwegfegte. Der gekrönte Narr träumt jetzt in Doorn. Aber die Höflinge und Höflingsanwärter führen sich heute in Deutschland so auf, daß sie wert scheinen, politisch entmündigt zu werden.

Der Wahlkampf in Oberschlesien.

Wieder ein Dutzend Wahlvorschläge.

Für den Reichstagswahlkampf in Deutsch-Oberschlesien sind bisher 12 verschiedene Wahlvorschläge eingereicht worden, und zwar von der Sozialdemokratie, den Kommunisten, dem Zentrum, den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei, der Polnischen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und außerdem von Splittergruppen der Mieter, des Häuserbundes, der Deutschen Wirtschaftspartei und der Mittelstandspartei. Am Montag wird entschieden werden, welche von diesen Wahlvorschlägen rechtlich als zulässig gelten. Die Wahlagitation hat bereits begonnen, und zwar am lebhaftesten durch das Zentrum und die Rechtsparteien. Mit besonderer Spannung wird verfolgt, ob die Kommunisten die bei der vorigen Wahl gewonnenen Mitläufer diesmal festzuhalten verstehen.

Ausfuhrsperre für Getreide.

Merkwürdiges Doppelspiel des Reichsernährungsministers.

Berlin, 7. September. (WTB.)

Der **Roggenpreis** hat in der letzten Zeit eine außerordentliche Steigerung erfahren. Er ist an der Berliner Produktenbörse von 150 Mk. für die Tonne am 26. August auf 180 Mk. für die Tonne am 5. September, also um 20 Prozent, und von Freitag auf Sonnabend von 180 Mk. auf 190 Mk. gestiegen. Die Verspätung der Ernte, die durch das fortdauernde regnerische Wetter fast in allen Teilen Deutschlands eingetreten ist, hat das Angebot auf Inlandsgetreide außerordentlich verringert und seitens der Mühlen und des Konsums starke Nachfrage hervorgerufen. Unter diesen Umständen ist es geboten erschienen, die Erteilung für die Ausfuhr von Roggen, Weizen (Spelz-Dinkel), Hafer und Gerste erforderlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen vorübergehend von Montag, den 8. September, an einzustellen. Der Reichskommissar für Ernährung und Landwirtschaft ist entsprechend angewiesen worden.

*

Die Haltung der Regierung ist widerspruchsvoll. Ihre Zollvorlage an den Reichstag soll den Roggenpreis auf den Weltmarktstand plus 50 Mk. Zoll, also auf über 200 Mk. steigern. Andererseits will sie jetzt durch Aufhebung der Ausfuhrbewilligung den Getreidepreis künstlich senken. Es sieht so aus, als werde im Reichsernährungsministerium ein ganz gefährliches Doppelspiel getrieben. Die Ausfuhrbeschränkung kann nur vorübergehend den Roggenpreis senken. Dann schreit die Landwirtschaft wieder programmgemäß nach dem „Schutz der nationalen Arbeit". Durch vorübergehende Roggenpreissenkung wird den Verbrauchern die Schutzzollvorlage schmackhaft gemacht. Aber das dicke Ende kommt hinterher: die Zölle werden das Getreide weit über den Weltmarktpreis hinaus verteuern. Ist das ernsthafte Ernährungspolitik?

Die Generalinspektion beginnt.

Ein Ersuchen der Reichsregierung, den Schlußakt nicht zu stören.

Die Reichsregierung läßt durch WTB. bekanntmachen:

Am Montag, dem 8. September, beginnt die von der deutschen Regierung mit der Note vom 30. Juni 1924 zugestandene sogenannte Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes. Die Generalinspektion ist als abschließender Akt der interalliierten Kontrolle gedacht; nach den bindenden Erklärungen der Gegenseite, insbesondere der Ministerpräsidenten von England und Frankreich, kann damit gerechnet werden, daß das System der interalliierten Kontrolle mit seinen in zahlreichen Städten Deutschlands residierenden Ueberwachungskommissionen verschwindet, wenn die Generalinspektion zufriedenstellend und reibungslos verläuft.

Die Reichsregierung erwartet hiernach von der gesamten Bevölkerung, daß sie alles unterläßt, was irgendwie als Obstruktion oder als feindselige Handlung gegenüber den Kontrollkommissionen oder ihren Mitgliedern gedeutet werden könnte. Jede Handlung dieser Art beschwört die Gefahr herauf, daß sich der jetzige Zustand mit all seinen demütigenden Begleiterscheinungen verewigt. Jedermann muß jetzt, wie er auch immer auf die Vorgänge des Augenblicks gefühlsmäßig reagieren mag, sein Tun und Lassen ausschließlich danach einrichten, daß das Ziel erreicht, d. h. daß die Generalinspektion wirklich zum Schlußakt der interalliierten Kontrolle wird.

*

Der Appell der Reichsregierung an die Bevölkerung entspricht durchaus den Notwendigkeiten des Augenblicks. Es hängt ungeheuer viel für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik davon ab, daß die jetzt beginnende Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes, die als letzte Revision gedacht ist, reibungslos und zufriedenstellend verläuft. Nicht nur die Durchführung des Dawes-Planes, sondern auch die künftige Stellung Deutschlands im Völkerbund hängt in hohem Maße davon ab, daß das noch im Ausland bestehende Mißtrauen gegen Deutschland durch die Generalinspektion zerstreut wird. Nach den großmäuligen Ankündigungen der Deutschnationalen und Völkischen, die mit allen Mitteln die wirtschaftliche und politische Gesundung Deutschlands verhindern wollen, ist zu erwarten, daß hie und da vielleicht Provokationen von dieser Seite versucht werden. Wir hegen die bestimmte Erwartung, daß etwaigen Versuchen solcher Art nicht nur von behördlicher Seite mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt wird, sondern daß auch die Arbeiterschaft mit aller Energie dafür sorgen wird, daß alle Störungsversuche und Provokationen von nationalistischer Seite im Keime erstickt werden.

Bürgerblock-Vorspiele.

Der hannoversche Rathausbürgerblock beschließt die Entfernung Leinerts aus dem Amt. • Die Demokraten als deutschnationale Helfershelfer.

Der reaktionäre Bürgerblock der Stadt Hannover hat inzwischen eingesehen, daß sein Abbaubeschluß gegen den Oberbürgermeister Leinert vom 6. Juli keine gesetzliche Berechtigung hat. Aber das Ziel, den Sozialdemokraten Leinert aus seinem Amte zu entfernen, wurde damit nicht aufgegeben. Man hat deshalb nach neuen Mitteln und Wegen gesucht und ist schließlich auf die Idee verfallen, Leinert nach wochenlangen Schikanen und Treibereien zu einer Vereinbarung zu gewinnen, nach der er unter Umgehung des Rechtsweges und ohne Rücksicht auf die Abbauverordnung von seinem Amt zurücktreten soll. Vorher wurde ihm aber nochmals der „erbitterte Kampf" des Rechtsblocks angekündigt, solange er Vorsitzender des Magistrats ist. Dieser Drohung folgte dann das Angebot, Leinert im Falle eines freiwilligen Rücktritts auf Lebenszeit das volle Diensteinkommen zu zahlen. Oberbürgermeister Leinert hat sich in Anbetracht der fortgesetzten Schikanen und in der Erkenntnis, daß seine Arbeit mit dem jetzigen Stadtverordnetenkollegium sich kaum gedeihlich auswirken kann, zunächst nicht gegen das Angebot aufgelehnt, sondern unverbindlich seine Bereitwilligkeit, von seinem Amte zurückzutreten, zu erkennen gegeben.

Das Bürgervorsteher-Kollegium beschloß nun am Freitagabend nach den internen Vorgängen in geheimer Sitzung folgendes:

„Oberbürgermeister Leinert scheidet am 1. Oktober 1924 aus seinem Amte aus und tritt in den Ruhestand. Als Ruhegehalt erhält Herr Oberbürgermeister Leinert **auf Lebenszeit die vollen Bezüge seines Einkommens."**

Diesem Beschluß stimmten von den bürgerlichen Parteien nur die drei Zentrumsvertreter nicht zu. Die Demokraten zeigten sich dagegen wieder einmal als Vorspann der Deutschnationalen. Die sozialdemokratischen Vertreter erhoben sofort entschiedenen Protest.

Die Kommunisten in der Englischen Arbeiterpartei. Der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei beschloß, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei zwar als Delegierte auf der Konferenz der Arbeiterpartei zugelassen, aber nicht als offizielle Kandidaten der Arbeiterpartei bestätigt werden können.

Wegen Hochverrats verhaftet.

Berlin, 8. September. (Eig. Radiomeldung.)

Der Chefredakteur der „Roten Fahne", Fritz Apelt, wurde am Freitagabend beim Verlassen des Redaktionsgebäudes von Polizeibeamten festgenommen und dem Amtsgericht Berlin-Mitte zugeführt.

Amtlich wird dazu mitgeteilt: Die Sistierung erfolgte auf Grund eines Haftbefehls des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik, weil die „Rote Fahne" seit April d. J. wiederholt Aufforderungen zum Hochverrat und zum Sturze der Republik gebracht haben soll.

Die Kämpfe in China.

Paris, 7. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die letzten Nachrichten aus China melden neue Kämpfe. In Schanghai sind bereits mehr als 500 Verwundete notdürftig untergebracht. Unter ihnen befinden sich auch Zivilpersonen. Nach weiteren Meldungen aus Liu Ho hat der Gouverneur von Kiangsu den Versuch unternommen, seinen Gegner zu umzingeln. Nach einer Reuter-Meldung aus Peking hat der General in Mukden, Tschangsolin, der Regierung in Peking den Krieg erklärt.

Schanghai, 8. September. (WTB.)

Die Streitkräfte des Militärgouverneurs von Tschekiang haben die Kiangsu-Truppen 15 Meilen von Schanghai geschlagen. Nach einer Meldung aus Kanton beabsichtigt Sunjatsen Truppen nordwärts zur Unterstützung der Tschekiang-Truppen zu entsenden.

Abbau in Preußen. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags beschloß am Sonnabend auf Antrag der Deutschen Volkspartei, die in Berlin, Magdeburg und Kiel bei den Polizeipräsidien vorhandenen Beigeordneten (Gewerkschaften usw.) abzubauen. Die bisher vorgesehenen Stellen sollen in dem neuen Etat gestrichen werden. Der Antrag wurde angenommen, obwohl der preußische Minister des Innern erklärte, daß er augenblicklich die Beigeordneten nicht entbehren könne.

Aus der Schutzhaft entlassen. Der kommunistische bayerische Landtagsabgeordnete Grönsfelder, der am 22. Juni wegen Teilnahme an einer geheimen kommunistischen Versammlung in Ingolstadt verhaftet und seitdem in Schutzhaft behalten worden war, ist, nach einer Meldung der „Fränkischen Tagespost", jetzt aus der Festung Niederschönenfeld entlassen worden.

Die Sozialdemokratie in Dänemark. Von den 75 Städten, die Dänemark ungefähr besitzt, amtieren jetzt in 26, also einem guten Drittel, **Sozialdemokraten als Bürgermeister.** Außerdem sind von den fünf Bürgermeistern in Kopenhagen allein drei Sozialdemokraten. Die Wahlen der Bürgermeister erfolgen jeweils durch die Stadtverordnetenversammlung.

Wahlvorbereitungen in England. Die Arbeiterpartei hat für ihre große Agitationskampagne zugunsten des russisch-englischen Vertrages zunächst mehr als 200 Versammlungen in allen Teilen des Landes organisiert. Alle Minister des Arbeiterkabinetts gehen als Redner hinaus.

Der britische Gewerkschaftskongreß in Hull hat am Sonnabend beschlossen, ein Spezialkomitee einzusetzen, das die Vorteile und Nachteile prüft, die der Industrie aus dem Freihandel, den Schutzzöllen und aus dem System der Vorzugszölle zwischen den einzelnen Teilen des britischen Imperium erwachsen.

Gewerkschaftsbewegung.

12. Verbandstag der Buchdrucker.

In der **Abendsitzung des fünften Verhandlungstages** werden zunächst die Anträge zu Punkt 8 erledigt. Abgelehnt wird ein Antrag des Bezirks Zeitz, der scharfe Kritik an dem ADGB. übt und fordert, „in zielbewußterer Weise als bisher positive Arbeit zu leisten". Angenommen werden die Anträge, die sich für den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts, Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung und gesetzliche Regelung des Ferienwesens aussprechen, sowie die energische Bekämpfung der Schlichtungsordnung in ihrer gegenwärtigen Gestalt fordern. Ferner wird der ADGB. ersucht, in laufender Reihenfolge eine Sammlung wichtiger Entscheidungen im Schlichtungs- und Arbeitsrechtswesen herauszugeben; dem Verbandsvorstand wird aufgegeben, die Beschickung der Akademie der Arbeit aufrechtzuerhalten.

Einstimmige Annahme findet eine Entschließung, in der den ausländischen Buchdruckerverbänden wärmster Dank ausgesprochen wird für die in der Inflationszeit gewährte finanzielle Hilfe. Die Entschließung bringt ferner zum Ausdruck, daß der deutsche Buchdruckerverband den Gedanken der internationalen Solidarität stets hochhalten werde. Schließlich wird nach längerer Debatte folgender Antrag angenommen: „Die betreffs der Offsetmaschinenbedienung getroffenen Vereinbarungen sind einer Revision zu unterziehen in der Richtung, daß sowohl Buchdrucker als auch Steindrucker diese Maschinen bedienen können. Ein Zwang zum Uebertritt von einer Organisation in die andere darf nicht festgelegt werden." — Um 10 Uhr wird die Abendsitzung geschlossen.

In der **Vormittagssitzung des sechsten Verhandlungstages** referiert Dreßler (Leipzig) über den **Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker.**

Der Redner betont die Notwendigkeit der Zentralisation aller Bildungsbestrebungen des Verbandes und empfiehlt eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung, die sich für die Verschmelzung der in Frage kommenden Institutionen ausspricht. Weiter schlägt er vor, am 1. Januar eine monatlich erscheinende technische Zeitschrift herauszugeben. Die „Typographischen Mitteilungen" sollen neben dieser technischen Zeitschrift erscheinen. In der Aussprache wird u. a. verlangt, daß dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker nur Verbandsmitglieder angehören dürfen. Ein entsprechender Antrag wird angenommen. Außerdem findet ein Antrag Annahme, in den Fachschulen den Unterricht nur durch fachlich gebildete Lehrer erteilen zu lassen.

Es folgen dann die Berichte der zur Beratung der Anträge eingesetzten Kommissionen, an die sich noch eine längere Debatte schließt. In der Abstimmung wird zur Frage des **Graphischen Industrieverbandes** folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Trotzdem der Industrieverband in der Urabstimmung abgelehnt worden ist, hält der Verbandstag ein enges Zusammenarbeiten der vier graphischen Verbände im Graphischen Bunde für notwendig, um **die Entwicklung zum Graphischen Industrieverband zu fördern.** Dazu ist die Durchführung folgender Punkte erforderlich: 1. Einführung gleichartiger Satzungen, 2. Vereinheitlichung der Manteltarife, 3. gleichartige Gestaltung der Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen, 4. Bildung eines graphischen Sekretariats. Der Verbandsvorstand ist daher beauftragt, im Graphischen Bunde im Sinne der Verwirklichung der Vorlagen zu arbeiten und das Ergebnis einer Gauvorständekonferenz zur Beschlußfassung und Weiterleitung an den nächsten Verbandstag zu unterbreiten."

Eine Reihe von Anträgen sind rein organisatorischen Charakters. Unter ihnen ist jedoch der Antrag, der sich gegen die vaterländischen Verbände richtet, besonders hervorzuheben: „Es wird erneut zum Ausdruck gebracht, daß **die Zugehörigkeit von Verbandsmitgliedern zu Verbänden, wie Stahlhelm, Ehrhardt, Wiking-Bund, Jungdo usw., deren gewerkschaftsfeindliche Einstellung nicht zu bezweifeln ist, mit der Zugehörigkeit zum Verbande nicht zu vereinbaren ist."** Von dem Kommissionsberichterstatter wurde hierzu ausdrücklich betont, daß **die Zugehörigkeit zur „Technischen Nothilfe" den Ausschluß aus dem Verbande**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409081-12/fragment/page=0003

er Folge hat. Beschlossen wurde auch, das „Korrespondent-Obligatorium“ erst nach der Uebersiedlung nach Berlin wirksam werden zu lassen. Die Anträge auf Erhöhung der Unterstützungssätze finden ihre Erledigung durch Annahme der Kommissionsvorschläge, wonach bis zu 60 Prozent Beitragseinnahmen für Unterstützungszwecke zu verwenden sind. Die Unterstützungssätze werden durchgehend erhöht. Die Ferienfrage soll durch Verhandlungen mit den übrigen graphischen Verbandsvorständen geklärt werden. Der ordentliche Mitgliedsbeitrag von 1,20 Mk. pro Woche bleibt bestehen. Er wird vorläufig erhöht durch den **Beitrag für das Verbandshaus. Die bisherigen geschäftsführenden Vorstandsmitglieder, die Sekretäre und Redakteure wurden wiedergewählt.** Als Ort für den nächsten Verbandstag wird Berlin bestimmt. Damit ist die Tagesordnung des Verbandstages erledigt. Nach den üblichen Schlußansprachen wird der Verbandstag um 4 Uhr mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Aus aller Welt.

Man bettelt für die „Kaiserin“.

Im Milwaukeer „Vorwärts“ lesen wir: Die ungarischen und altösterreichischen Aristokraten, die eine Zeitlang für die Exkaiserin und ihre Familie aufgekommen sind, möchten sich jetzt dieser süßen Last entledigen. Die Witwen- und Waisenpension, die als „milde Gaben“ der notleidenden Familie in Lequeito zugeflossen sind, könnte sich schon sehen lassen. Bei der größten Bescheidenheit und Zurückgezogenheit bedürfen Frau Zita Habsburg und ihre Kinder 4000 Dollar — nicht im Jahre, sondern monatlich. Es ist klar, daß man bei einem solchen arbeitslosen Einkommen eben nur des Lebens Notdurft befriedigen kann. Den Herren Grafen und Priestern gefiel der frühere Zustand, bei dem das gemeine Volk in der Form der Zivilliste für die hohe Familie blechen mußte, bedeutend besser, und darum sinnen sie nun darauf, wie dieser Zustand in irgendeiner, wenn auch in indirekter Form wiederhergestellt werden könnte. Der Appell an die Tränendrüsen und noch mehr an die Kassenschränke der „Völker“ des früheren Kaiserhauses verfängt schon nicht mehr. So sind nun die steinreichen Aristokraten auf den Gedanken verfallen, aus den Vereinigten Staaten die guten Dollars herauszupumpen. In Neuyork ist vor einiger Zeit eine gewisse Frau Emilie Urban aus Wien aufgetaucht, die sich als die Vertrauensperson der ungarischen und österreichischen Legitimisten aufspielt und die sich für die notleidende Zita aufs Pumpen verlegt hat. Sie hat ein Komitee gebildet, das Ansichtskarten um einen Dollar an den Mann zu bringen sucht, auf der Zita Habsburg samt ihren Sprößlingen abgebildet ist. Da man aber hierzulande den ganzen Barnum-Zirkus und sogar Charlie Chaplin um einen Cent auf einer Ansichtskarte kaufen kann, hat es mit den Karten kein Glück. Dabei wird auch ganz einfach ohne Ansichtskarten gepumpt: wer fünfzig Dollar hergibt, dem wird — ein eigenhändig geschriebener Brief der Frau Zita versprochen. Aber auch dieses Geschäft rührt sich nicht. Es wird schon dabei bleiben, daß die Herren Grafen und Bischöfe in Ungarn und Oesterreich, wenn sie ihrer Kaiserin und Königin die „bescheidene bürgerliche Existenz“ mit 4000 Dollar im Monat sichern wollen, selbst in die Tasche greifen müssen. Die alte Zivilliste läßt sich auf dem Umweg um den Atlantischen Ozean nicht wiederherstellen. Wer einen König will, der möge ihn selbst bezahlen.

Blutige Zusammenstöße bei einer kommunistischen Demonstration.

Greiz, 8. September. (Radiomeldung).

Hier ist es gestern zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten gekommen. **Aus ganz Thüringen und aus der Provinz Sachsen waren etwa 600 Kommunisten zusammengekommen.** Als sie die Internationale sangen und mit roten Fahnen durch die Straßen zogen, trat ihnen die Polizei entgegen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, bei denen die Polizei die Oberhand behielt. Mit Gummiknüppeln wurde die Menge auseinandergetrieben. Als sie sich aber immer wieder zusammenrottete, rief man Landespolizei aus Gera und Weimar zu Hilfe. Die Kommunisten hatten eine Anzahl Verletzter, darunter drei, die von Samaritern abtransportiert werden mußten. Auch eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen. Nachdem die Verstärkung der Polizei eingetroffen war, zerstreuten sich die Demonstranten. Heute herrscht Ruhe.

*

In Thüringen herrscht ein bürgerlicher Polizeiminister. Wollen die Kommunisten immer noch behaupten, daß sie dort besser behandelt werden als in Preußen? Wann werden sie einsehen, daß sie sich nur immer blutige Köpfe holen und doch weiter nichts erreichen?

Nur weil St. Bureaukratismus von nichts wußte!

Berlin, 6. September. In dem Disziplinarverfahren gegen den Lehrer Adolf Koch, den Rektor Buchholz und die Lehrerin Bruno wegen Abhaltung rhythmisch-gymnastischer Uebungen mit Berliner Gemeindeschülern und -schülerinnen in unbekleidetem Zustande wurden Koch und Buchholz mit einem Verweis, Fräulein Bruno mit einer Verwarnung bestraft. Unzüchtige Handlungen seien zwar nicht festgestellt worden und Koch sei nicht von unedlen Motiven ausgegangen, aber das eigenmächtige Vorgehen der Angeklagten, die sich nicht zuvor mit der Aufsichtsbehörde in Verbindung gesetzt hätten, habe strafverschärfend gewirkt.

Beim Schauflug verbrannt.

Bei den gestrigen Schauflügen in Liegnitz schlug das Flugzeug des Piloten Gnädig auf den Erdboden auf, wobei der Benzinbehälter explodierte. Das Flugzeug verbrannte und Gnädig konnte nur noch als verkohlter Leichnam unter den Trümmern hervorgeholt werden.

Todessturz aus dem Fenster. Gestern nacht wurde der Tischler Max Müller aus der Leibnizstraße in Berlin auf einem Hofe in der Grolmanstraße mit zerschmetterten Gliedern aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag. Nach den Feststellungen ist Müller aus einem Fenster der Wohnung einer Straßendirne auf den Hof gestürzt.

Na Prosit! Der Präsident des Aboerer Hofgerichts, des höchsten Gerichtshofes in Finnland, ist vom Ratgericht in Helsingfors wegen Trunkenheit und Alkoholbesitzes zu einer Geldstrafe von 2600 Mark verurteilt worden.

Liebesdrama. In dem Dorfe Ehlen bei Kassel erschoß ein junger Mann seine Braut und darauf sich selbst, weil die Eltern angeblich ihre Zustimmung zur Heirat verweigerten.

Attentat auf den polnischen Präsidenten. Freitag nachmittag, als der polnische Staatspräsident Wojciechowski nach Eröffnung der Lemberger Ostmesse nach dem Gebäude der Wojewodschaft fuhr, wurde aus der Menschenmenge gegen das Auto des Präsidenten eine Petarde geschleudert, welche nur schwach explodierte, da der Inhalt noch vor dem Auffallen verschüttet wurde. Weder der Präsident noch irgend jemand von seinem Begleitpersonal wurde verletzt.

Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Freier Sängerchor Halle Unsere Uebungsstunden finden regelmäßig jeden Mittwoch pünktlich 8 Uhr im Vereinslokal „Stadt Dresden“ statt. Aufnahmen in den Verein können dort jederzeit veranlaßt werden. In Zukunft werden Uebungsstunden an dieser Stelle nicht mehr bekanntgegeben. Der Vorstand.

Arbeiter-Wohlfahrt. Montag, den 8. September, ab 5 Uhr nachm., in der Jugendherberge, Weingärten: Nähstube. Arbeiten mitbringen. Erscheinen Pflicht. — Dienstag, den 9. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung äußerst wichtig. Neue Freunde unserer Sache mitbringen.

Aus dem Bezirk.

Ammendorf. Freie Volksbühne. Dienstag, den 9. Septbr., abds. 8 Uhr, im „Goldenen Adler“ zu Ammendorf: Mitgliederversammlung. Interessenten und Freunde der Volksbühnenbewegung sind freundlichst dazu eingeladen.

Pieseritz. Montag, den 8. September, abds. 7½ Uhr, im „Volksheim“: Vortrag des Parteisekretärs Gen. Baum (Bitterfeld). Alle Mitglieder müssen anwesend sein.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Bockwitz. Dienstag, den 9. September abends 8½ Uhr im „Volkshaus“ in Bockwitz, und Mittwoch, den 10. September, abends 8½ Uhr in Grünewalde: Versammlungen der hiesigen Ortsgruppe. Eine wichtige Tagesordnung ist zu besprechen.

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

Stadt-Theater.
Dienstag, abends 7½ Uhr:
Das silberne Kaninchen
Mittwoch, abends 7 Uhr:
Faust
Faust: Günzel
Mephisto: v. Xylander
Gretchen: Sessing.
Marthe: Ziegler.

Leder-Sohlen und Abfälle bei **Leder-Kranig** Neue Promenade 15

Eisleben
Tabakwaren hält vorrätig und liefert in allen Qualitäten billigst
Zigarren-Hdlg. Grabenstr. 50

Kleine Inserate finden hier weiteste Verbreitung!

Mama, Papa
bitte laß uns zum Jahrmarkt gehn, die kleinen
Liliput-Pferdchen
und diese reizenden **Wunderäffchen** ansehen.
Diese goldigen Geschöpfe sind neben dem Wasserturm zu sehen!!

Ganz Halle
spricht von
Rin-Tin-Tin
dem Hund von Karibu
Ufa-Theater-Ufa Alte Promenade
Täglich 4.40 6.50 9.00
Jugendliche haben Zutritt

Inserate haben im **Volksblatt** stets Erfolg!
Darum inseriere!

Ufa-Theater
Leipziger Strasse 88
Täglich der Riesenerfolg!
Das Piratenschiff!
Sensationsdrama in 6 Akten.
Ein spanischer Edelmann wird in einen Hinterhalt gelockt, betäubt und auf ein Piratenschiff verschleppt — Das brennende Kohlenschiff wird auf offenem Meere von den Piraten ausgeräubert — Der Streit um die einzige wertvolle Beute, die gerettete Kapitänstochter — Der Kampf mit mexikanischen Riffpiraten — Der Boxkampf auf dem höchsten Maste des Piratenschiffes — Atemraubende Spannung vom Anfang bis zum Ende!
Wer wirft den ersten Stein...
Ehedrama in 5 Akten. 9835
— — Beginn 4 Uhr. — —

Volkspark
Burgstraße 27 — Burgstraße 27
Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr, im großen Saale:
18. Sommer-(Schluß)-Konzert
Karten sind am Eingang zu haben.
9831

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Gewerbliche Abteilung: a) Arbeitsuchende: Chauffeure, Bäcker, Elektriker, Fleischer, Bauarbeiter, Schlosser, Schmiede, Tischler, Böttcher, Dreher, Berg-, Hütten-, Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Medizinal-Drogisten, Chemiker, Schriftsetzer, Buchdrucker. **Landwirtschaftl. Abteilung:** a) Arbeitsuchende: Flurhüter, Geschirrführer, Arbeitsburschen, Gutshandwerker, Schafscherer, Aufseher. b) Offene Stellen: Frauen und Mädchen zur Kartoffelernte sofort. **Weibliche Abteilung:** a) Arbeitsuchende: Aufwartungen, Dienstmädchen, Kontorpersonal, Lehrmädchen für Geschäft, Lehrstützen, Scholarinnen. b) Offene Stellen: Dienstmädchen, Mamsell und ältere Stütze für Güter, Stallmädchen. 1539

Sohlenleder-Ausschnitt
große Auswahl
Lederhandlung Neunhäuser 5

Zeitungs-Fremdwörter
Unentbehrlich für jeden Zeitungsleser
Zusammengestellt von
Karl Werner
Zu beziehen durch die
Volksblatt-Buchhandlung
Halle, Gr. Ulrichstrasse 27

Textbücher
zu den Aufführungen im
Stadttheater
halten wir stets vorrätig
Volksblatt-Buchhandlung,
Grosse Ulrichstrasse 27.

Zum Jahrmarkt
empfehle
ff. Thür. Rostbratwürste
und
Delikateßbrühwürstchen
aus reinem Kalb- und Schweinefleisch
Paul Brecht, Fleischermeister
Stand:
Hauptreihe nach dem Dampfkarussell.
9833

Der praktische Radio-Amateur
Das ABC des Radiosports
zum praktischen Gebrauch für jedermann.
Von Hanns Günther und Dr. Franz Fuchs.
Das Buch gibt einen Rundblick über das gesamte Radioamateurwesen und seine Entwicklung in allen Ländern der Welt, ferner eine Anleitung zur Aufstellung und Handhabung von Amateurempfängern der verschiedensten Bauart usw.
Preis 6 Mark portofrei
Zu beziehen durch die
Volksblatt-Buchhandlung
Halle (Saale), nur Große Ulrichstraße 27.

Gute Schokolade
ist ein vorzügliches Nährmittel
Für **Händler, Kaufleute** und **Marktleute** ist die billigste Bezugsquelle der direkte Bezug beim Fabrik-Vertreter.
Pichler-Pralinen - Gefüllte Schokoladen
Vertreter:
Max Scharfstädt
Sangerhausen, Neuhäuserstraße 13-15
(Die als vorzügl. bekannten **Burkbraun-Fabrikate** sind gleichfalls am Lager).

Wir drucken

gut! schnell! preiswert!
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
Halle a. S. e. G. m. b. H. Harz 42-44

Arbeitsmarkt

Selbständige Existenz für Herrn oder Dame!
Zur gemeinsamen Verwertung eines sehr wichtig. chem. Herstellungsverfahrens für den hiesigen Platz wird arbeitsfreud., gut empfohl. Persönlichkeit gesucht, die über einige hundert Mark Kapital verfügt, welche in ihrem Besitz verbleiben. Branchekenntnisse sind nicht erforderlich. Ausführl. Bewerbungsschreiben erbet. u. Off. **E. K. 700** an die Expedition d. Blattes. 1540

Amtliche Bekanntmachungen

Helbra

Auf den Bericht vom 16. August 1924 (J. Nr. 800 fb I), dessen Anlagen hierbei zurückfolgen, will ich auf Grund der Ermächtigung des Herrn Ministers des Innern und des Finanzministers zulassen, daß der in Helbra im Rechnungsjahr 1924 durch Zuschläge zu der Steuer vom Grundvermögen, Gewerbesteuer und Hauszinssteuer zu deckende Bedarf an Kommunalabgaben unterverteilt wird mit

- 200 Prozent zur Steuer vom Grundvermögen bebaute Grundstücke,
- 200 Prozent zur Steuer vom Grundvermögen unbebaute Grundstücke,
- 600 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage,
- 600 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Kapital,
- 25 Prozent der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen zur Hauszinssteuer,
- 20 Prozent der Gewerbesteuer nach § 43 zur Zweigstellen- und Schankgewerbesteuer. 1537

Merseburg, den 29. August 1924.

Der Regierungspräsident.
J. A.: gez. Eichhorn.

Veröffentlicht.
Helbra, den 5. September 1924.
Der Gemeindevorsteher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240908l-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. September.

Parteinachrichten.

Ortsverein Halle der SPD.

Heute, Montag, den 8. September, abends 8 Uhr,

Sitzung des Ortsvorstandes

mit den Bezirksführern und -kassierern im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a.

Alle Bezirke müssen vertreten sein. **Der Vorstand.**

Der Teutsche in der 4. Klasse.

Ein mit ca. 30 Personen besetzter Eisenbahnwagen 4. Klasse ist der Schauplatz. Kurz vor Abfahrt drängt sich noch ein Individuum hinein, das bei näherem Zusehen mit Stahlhelm- und Jungdoabzeichen behaftet war. Nach kurzer Musterung der Mitreisenden, die, der Kleidung nach, alle dem Arbeiterstande angehören konnten, beginnt der Ankömmling erst leise, dann lauter und lauter auf die Republik zu schimpfen. Als niemand widerspricht, stellt er sich zu einem Kreise Reisender und hält hier einen ausführlichen Vortrag darüber, daß und weshalb es früher unter der kaiserlichen Regierung ungleich besser war, als jetzt. „Uns kann kein Sachverständigengutachten helfen, nur das Volk selbst könne durch Abschütteln der jüdisch-republikanischen Machthaber sich wieder den Platz an der Sonne erobern, der ihm zukäme." Als dieses politische Embryo nun höflichst gefragt wurde, wieviel Juden denn wohl in der Regierung dieser Republik säßen, versuchte er sofort zu kneifen: So wörtlich sei es nicht gemeint usw. Man kennt das ja schon. Weitere Frage, welche Teile des Sachverständigengutachtens und in welcher Uebersetzung er denn wohl gelesen habe? Wieder nichtssagende Antworten, bis er bekennen mußte, statt des Gutachtens selbst nur Londoner Stimmungsbilder gelesen zu haben. Zu dem abgeschlossenen Waffenstillstand 1918 wurde er darauf aufmerksam gemacht, daß dieser zum Schutze des Reiches deshalb von Erzberger im Walde von Compiègne abgeschlossen werden m u ß t e, weil sein Stahlhelmprotektor Ludendorff-Lindström um dieselbe Zeit in — Schweden sich von den Strapazen der Hauptquartierdiners erholen mußte.

Da nun dem Stahlhelm-Säugling dieser Boden zu heiß wurde, erzählte er zur Abwechslung plötzlich etwas von der ehemaligen „eisernen Division" und beschuldigte die Regierung, die eigenen Landeskinder damals im Baltikum so im Stiche gelassen zu haben, daß sie nicht einmal Sanitätsmaterial geliefert habe. Man fragte nun den Stahlhelmrich, ob ihm nicht bekannt geworden ist, daß die Regierung die sogenannte eiserne Division damals auf Grund eines Ultimatums der Westmächte in dringendster Form aufgefordert habe, in das Reichsgebiet zurückzukehren und erst, als sie o f f e n m e u t e r t e, die Verbindung mit ihr abbrach? Nun sprang er wieder ab und erzählte, daß nur eine starke Wehrmacht unseren Wohlstand gewährleisten könne, worauf ihm ein kleines Privatissimum über Gütererzeugung, -verteilung und -vernichtung gelesen wurde. Unser „teutscher Held" wurde stiller und stiller. Plötzlich behauptete er, daß **weder Stahlhelm noch Jungdo an dem berüchtigten sogenannten Deutschen Tag in Halle teilgenommen, noch jemals vor Ludendorff defiliert habe.** Gegenüber dieser hanebüchenen Lüge wurde jede Schonung fallen gelassen. Man bezeichnete ihn als Lügner und Spitzel, so daß er kein Wort mehr vorbrachte. Einige Frauen fragten ihn, ob er, der vorher soviel geredet habe, denn jetzt stumm geworden sei. Nichts konnte ihn zum Reden bringen.

Es gewinnt den Anschein, als ob solche Leutchen als bezahlte Subjekte ihr Agitationsfeld auf die Eisenbahn verlegt haben.

Das Elend der Rentner und Invaliden.

Wir hatten diesem Thema vor einigen Tagen breiten Raum gewidmet. Gestern fand im „Volkspark" eine öffentliche Versammlung der Aermsten der Armen statt, die vom Zentralverbande der Invaliden und Rentner einberufen war. Kollege T h i e l e eröffnete die Versammlung und gab dem Redner, Kollegen S c h ö n l a n k, das Wort, der eindringlich und rücksichtslos die furchtbare Lage der Rentner schilderte. Geradezu unbegreiflich sei das bittere Unrecht, das den alten Mütterchen dadurch geschehe, daß ihnen der hiesige Magistrat die Zuschüsse gestrichen habe. Es müsse von der Stadt gefordert werden, daß sie in allen Fällen, in denen die soziale Notlage fortbestehe, die Zuschüsse weitergewähre. Es werde ferner Bereitstellung der aus der Hauszinssteuer sich ergebenden Beträge gefordert, da diese ausdrücklich für die soziale Fürsorge vorgesehen seien. Wenn man ferner die Hauszinssteuer den Rentnern und Invaliden nicht erlassen oder stunden wolle, so müsse die Stadt deren Steueranteil übernehmen. Die Beibehaltung des augenblicklichen Zustandes sei untragbar. Vom Reich muß Verdoppelung der Postrenten gefordert werden. Bestehe doch die Tatsache, daß man die Beiträge zur Invalidenversicherung verdoppelt, die R e n t e n jedoch h e r a b g e m i n d e r t habe. Den Invalidenrentnern gewähre man ja nicht einmal die unzureichenden Sätze der Angestelltenversicherung, die 30 Mark Monatsrente zahle und von den Witwen den Nachweis der Erwerbsbeschränkung nicht fordert. Es sei ferner die Forderung der Beitragserhebung im Umlageverfahren zu erheben, denn die verdoppelten Beiträge dienten offenbar nur zur raschen Auffüllung der Fonds, die nicht für Zwecke der Invaliden bestimmt seien.

Auch die Unfallrentner müßten endlich die Augen öffnen. Die Regierung versuche jetzt ein Täuschungsmanöver durch Einführung sogenannter „Friedensrenten". Das bedeute für einen Teil der Rentner noch weitere Herabsetzung ihrer jämmerlichen Bezüge. Am schlimmsten ist die Ausbeutung der Rentner unter 50 Prozent. Der größte Teil dieser Unglücklichen erhält tatsächlich nur e i n e n P f e n n i g R e n t e p r o T a g ! ! Für diese muß sofort die Zahlung der Friedensrenten einsetzen, denn die Unfallberufsgenossenschaften haben an diesen Leuten seit zehn Jahren ein gutes Geschäft gemacht. Seit Kriegsbeginn hat man sie um ihre Renten betrogen. Ein besonders schwieriges Gebiet ist das der Geburtskrüppel und Geburtsblinden, ferner das der Frühkrüppel und Frühblinden. Sie sind auf Almosen und die Fürsorge in Heimen und Anstalten angewiesen. Wir fordern, daß diese den Kleinrentnern gleichgestellt werden. Leider ist bei diesen Gruppen der Gedanke der Organisation noch schwach geblieben. Sie müssen sich restlos im Zentralverbande organisieren. Wir dürfen nicht dulden, daß der Leierkasten das einzige Erwerbsmittel dieser Aermsten ist. Wir treten auch für die Kleinrentner ein, deren Interessen wir stets und energisch verfochten haben, da sie gleiches Elend wie wir leiden.

In der Diskussion meldete sich als Sprecher eines Stoßtrupps des Internationalen Bundes ein Herr F l a c h e, der eine wüste politische Schimpfrede hielt und den Rentnern goldene Berge versprach. Unter andern fordert er die Sozialrentner und Invaliden zum Eintritt in den Mieterstreik auf!! Seine Ausführungen wurden vom Kollegen S c h ö n l a n k im Schlußwort völlig widerlegt. Eine Resolution wurde angenommen, die von Stadt und Reichsregierung die Ausführung der oben bezeichneten Forderungen verlangt.

Kollege T h i e l e ging dann ausführlich auf die Tätigkeit der hallischen Invalidenhilfe ein, die sich zu einem äußerst wichtigen Institut zur Unterstützung der Rentner entwickelt hat. Es ist gelungen, billige Lebensmittel in erheblicher Menge zu beschaffen. Auch besteht die Möglichkeit, Brennstoff für den Winter zu verbilligten Preisen frei Haus zu erhalten. Die Versammlung spricht dem Vorstand einmütig das Vertrauen aus und bevollmächtigt ihn: alles zur Beschaffung der Kohlen Nötige selbständig zu tun. — Das Ergebnis der Verhandlungen soll im Bureau des Zentralverbandes in der Talamtschule ausgehängt werden, wo sich auch die Lebensmittelabgabestelle befindet. Kollege Schönlank schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß zur Stärkung ihrer Organisation auch die Invaliden und Rentner eine Besserung ihrer Lage erreichen möchten.

Die Wahrheitsliebe des „Klassenkampf".

Wir hatten uns bereits mit dem Fall Sander beschäftigt. Sander, der vom „Klassenkampf" öffentlich beleidigt wurde, hatte sich persönlich und telephonisch an den „Klassenkampf" wegen der über ihn behaupteten Unwahrheiten gewendet, selbstverständlich ohne Erfolg. Er hat dann eine Berichtigung verlangt. Der sonst so tapfere „Klassenkampf" aber hüllt sich in Schweigen. Wir lassen daher das auch für unsere Leser interessante Schreiben nachstehend folgen:

An die Redaktion des „Klassenkampf".

„Gemäß § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie unter Bezugnahme auf die heute gehabte telephonische Unterredung um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

In der Nr. 154 des „Klassenkampf" vom 2. September werden gegen mich eine Reihe beleidigender, weil unwahrer Tatsachen behauptet. Ich stelle fest, daß diese Behauptungen w i s s e n t l i c h u n w a h r sind.

Ich habe niemals einen Arbeiter mißhandelt, sondern lediglich dem Berichterstatter des „Klassenkampf", M e i n h a r d t gegenüber in Notwehr gehandelt, da er erst vor wenigen Tagen mir a n z u b i e t e n g e w a g t hatte, ich solle **für die kommunistische Partei Spitzeldienste beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold leisten.** Infolge meiner energischen Ablehnung hat er an dem betreffenden Abend mit mir Händel gesucht, wobei ich lediglich seine tätlichen und wörtlichen Beleidigungen abgewehrt habe.

Es ist ferner wissentlich u n w a h r, daß ich b e i d e n V ö l k i s c h e n gewesen sei. Wahr ist, daß ich **die völkische Bewegung genau wie die kommunistische Bewegung für verderblich halte** und grundsätzlich bekämpfe. Wissentlich u n w a h r ist ferner die Behauptung von mir begangener **Unterschlagungen.** Wahr ist im Gegenteil, daß ich während meiner Zugehörigkeit zur KPD., die ich heute wie viele andere bedauere, stets als diszipliniertes und aufopferndes Parteimitglied mich gezeigt habe. Ich habe meinen Verpflichtungen, auch den geldlichen, jederzeit genügt. Mein Austritt aus der KPD ist aus meinem eigenen freien Willen lediglich deshalb erfolgt, weil ich als ehrlicher Arbeiter **während des Hölzputsches die Betrugsmanöver der damaligen Leitung der KPD.-Zentrale und das ebenso verderbliche Verhalten der Halleschen Leitung erkannt habe,** das lediglich dazu führte, gutgläubige ehrliche Arbeiter in den Tod, in die Zuchthäuser und in die Gefängnisse zu bringen.

(gez.) W i l l i S a n d e r."

Der „Klassenkampf" hat dieses Schreiben nicht gebracht. Er kneift! Das ist jedoch verständlich: Handelte es sich doch bei S a n d e r nur um einen Arbeiter, der zwar gut war, solange er blind gehorchte, den man aber sofort ehrlos zu machen versucht, als er den Wahnsinnstaten der KPD. den Gehorsam verweigert.

Erstarkung der Opposition im Ortsausschuß Halle?

Der „Klassenkampf" ist sehr bescheiden geworden. Es gab eine Zeit, in der in der hallischen Gewerkschaftsbewegung andere als kommunistische Meinungen nicht aufkommen konnten. Die Verhältnisse haben sich geändert, seitdem die Gewerkschaftsleitungen sich gegen das Hineintragen kommunistischer Parteiangelegenheiten in die Gewerkschaften energisch zur Wehr gesetzt haben. Anfangs glaubten die unentwegten Moskaujünger, den hallischen Ortsausschuß durch Fernbleiben sabotieren zu können. Als man aber sah, daß der Ortsausschuß dennoch arbeitsfähig war, kam der Parteibefehl, wieder die Sitzungen zu besuchen. Die Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre am vergangenen Freitag wies denn auch eine größere Anzahl Kommunisten auf. In seiner kindlichen Freude bezeichnet der „Klassenkampf" dies als eine „Erstarkung der Opposition im Ortsausschuß Halle." In Wirklichkeit ist das Umgekehrte richtig; im Gegensatz zu früher hat diese „Opposition" gewaltig an Einfluß verloren. Um diese Tatsache zu verhüllen, belügt der „Klassenkampf" seine Leser, indem er schreibt, daß die H ä l f t e der Anwesenden der Resolution Höcker zugestimmt habe. Nach vorsichtiger Schätzung betrug aber die Mehrheit, die gegen die Resolution Höcker stimmte, mindestens fünf Achtel aller Abstimmenden. Genosse S o r g e n f r e i als Vorsitzender war also voll berechtigt, festzustellen, daß die Resolution abgelehnt sei. Wir bedauern, daß die Stimmen nicht ausgezählt wurden. Dann wäre das Resultat klarer in die Erscheinung getreten und der „Klassenkampf" hätte nicht wagen dürfen, offenbare Unwahrheiten zu schreiben.

Bezeichnend ist, daß der „Klassenkampf" über die Ausführungen des Kommunisten B ü r g e r keine Zeile schreibt. Dessen querulierende, von Sachkenntnis gar nicht getrübte Rede scheint demnach selbst seinen eigenen Freunden auf die Nerven gefallen zu sein.

Wir wünschen, daß auch unsere Genossen die Versammlungen so rege besuchen wie die Kommunisten, dann wird sich noch deutlicher zeigen, daß die Rolle der Kommunisten in Halle ausgespielt ist.

Mieterschutzgesetz und Neubauten mit öffentlichen Zuschüssen.

Einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt, der zur Behebung von Zweifeln an sämtliche Regierungspräsidenten usw. ergangen ist, entnehmen wir folgende Vorschriften:

Unter „Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln" im Sinne der Verordnung vom 7. April 1924 sind nur solche Darlehen und Baukostenzuschüsse zu verstehen, die auf Grund der Bestimmungen des Bundesrats für die Gewährung von Baukostenzuschüssen aus Reichsmitteln vom 31. Oktober 1918 auf Grund der Bestimmungen des Reichsrats über die Gewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen vom 10. Januar 1920 und schließlich auf Grund der Bekanntmachung der Reichsregierung vom 19. Februar 1921 zur Ausführung des Gesetzes vom 12. Februar des gleichen Jahres von Reich, Staat und Gemeinden zur Förderung des Wohnungsbaues gegeben worden sind. Desgleichen sind hierzu die aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer gewährten gering verzinslichen, hypothekarisch gesicherten Darlehen zu rechnen, nicht dagegen die aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gegebenen Darlehen oder Zuschüsse. Deshalb finden die Vorschriften der genannten Verordnung vom 7. April 1924 nicht auf die mit Zuschüssen bzw. Tilgungsdarlehen des Reiches und Preußens unterstützten Landarbeiterwohnungen Anwendung.

Die Frage, ob durch die erwähnte Verordnung auch die mit Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln hergestellten Neubauten oder die durch Um- oder Einbauten neugeschaffenen Räume von Gesellschaften und Genossenschaften der im § 33 des Gesetzes über den Mieterschutz und die Mieteinigungsämter aufgeführten Art hätten erfaßt werden sollen, ist zu verneinen.

Wie spart man Brennstoff?

Der Reichskohlenrat hat in Verbindung mit dem preußischen Kultusministerium ein Preisausschreiben erlassen, um das Verständnis für die Bedeutung der Brennstoffe und ihre richtige Ausnutzung auch in unserem Nachwuchs rechtzeitig zu wecken. Es handelt sich darum, ein kurzes Merkblatt für den Lehrer zu schaffen, das nach den verschiedenen Unterrichtsgegenständen geordnet ist und 1. stichwortartig die Gedankengänge andeutet, die den Schüler zu besserem Verständnis des Wertes der Brennstoffe und der Bedeutung des Haushaltens mit ihnen führen sollen; 2. genaue Angaben (z. B. Rechenaufgaben) und genaue Hinweise (z. B. Buchtitel, Buchverleger, Seitenzahl, Preis des Buches oder der Schrift, Aufsatz, Zeitschrift, Jahrgang, Heftnummer, Bezugsanschrift usw.) enthält, wo die Unterlagen zu finden sind, die man dem Unterricht ohne große Kosten zugrunde legen kann.

Für die beste Lösung dieser Aufgabe sind Preise von 500, 300 und 200 Mk. ausgesetzt. Die Beteiligung an dieser Bewerbung steht jedermann frei.

Regelung der Aufsicht über Pflegekinder.

Aus einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt teilt der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mit: Mit dem Inkrafttreten des R e i c h s g e s e t z e s f ü r J u g e n d w o h l f a h r t am 1. April d. J. ist die gesamte Aufsicht über die in Pflegestellen untergebrachten Kinder auf die J u g e n d ä m t e r übergegangen, die auch für die sachgemäße Durchführung dieser Aufgabe verantwortlich sind. Da die Jugendämter verpflichtet sind, zur Durchführung der ihnen obliegenden gesundheitsfürsorgerischen Aufgaben den Kreisarzt hinzuzuziehen, so erscheint es im Hinblick auf das dem Kreisarzt zustehende Arbeitsgebiet erwünscht, daß, besonders in Kreisen, in denen Kreiskommunalärzte nicht vorhanden sind, der Kreisarzt bei der Erfüllung der gesundheitlichen Aufgaben der Jugendämter m i t w i r k t und sich so ein enges Z u s a m m e n a r b e i t e n von Kreisärzten und Jugendämtern entwickelt, ein Ergebnis, das dadurch gefördert wird, daß der Kreisarzt beratendes Mitglied des Jugendamtes ist.

* **Kunst der Gegenwart.** Angesichts des starken Interesses, das der Ausstellung in der ehemaligen Garnisonkirche, Domstraße 5, in den letzten Tagen entgegengebracht wurde, ist die Dauer der Kunstschau bis zum 15. September ausgedehnt worden. An Stelle der nach Berlin zur Ausstellung bereits weitergeleiteten Bilder Professor Baluscheks sind der Ausstellungsleitung eine Anzahl wertvoller Arbeiten (Karl Völcker, Schmidt-Rottluff) aus hallischem Privatbesitz zur Verfügung gestellt worden. Ferner wird in den nächsten Tagen die Kunstschau durch eine Reihe Arbeiten von Marthe Schrag und Eva Marg. Wagner bereichert werden. Die Ausstellung bleibt nach wie vor täglich von 11 bis 7 Uhr abends geöffnet. Studierende und Jugendliche zahlen ermäßigte Preise, für Arbeitslose ist der Eintritt frei.

* **18. Sommerkonzert im „Volkspark".** Wie bereits berichtet, ist das am Dienstagabend stattfindende Konzert das letzte der diesjährigen Sommerabonnementskonzerte des Wittekind-Orchesters. Viele angenehme und genußreiche Stunden sind durch diese Konzerte der Arbeiterschaft bereitet worden, sodaß ihre Fortführung von vielen Besuchern gewünscht wird. Dieses Schlußkonzert ist nun als Symphoniekonzert gedacht und hat Kapellmeister Plätz zwei Symphonien auf das Programm gesetzt. Den ersten Teil füllt die Symphonie Nr. 2, c-moll, von Bruckner aus, dessen 100. Geburtstag die musikalische Welt jetzt feiert. Es ist dies eine von seinen Symphonien, die durch die Kraft ihres Ausdrucks und Aufbaues fesselt und überrascht. Im zweiten Teil kommt Beethoven mit der Symphonie Nr. 2, D-dur, zum Vortrag. Das Werk zählt zu den bedeutendsten Beethovens. Ihr folgt nach die große Leonoren-Ouvertüre Nr. 3. Zum Schluß werden die uns bekannten beiden Solisten Konzertmeister Herren Witeck und Voß Violinensoli zum Vortrag bringen. Walzer von Johann Strauß beschließen den Abend, so daß auch das Schlußkonzert den Besuchern recht genußreiche Stunden bieten wird.

* **Frühere Oeffnung der Postschalter.** Die Postschalter werden bei sämtlichen Postämtern in Halle vom 8. September an anstatt um 9 Uhr bereits um 8 Uhr vormittags geöffnet.

* **Falsches Geld im Umlauf.** In letzter Zeit sind in Halle und anderen Städten falsche Zehnrentenmarkscheine angehalten worden. Sie sind durch einen den echten Scheinen zwar auffallend ähnlichen, in der Ausführung jedoch mangelhaften Druck gekennzeichnet. Das zu den Falsifikaten verwendete Papier enthält Wasserzeichen, das aber im Muster von dem der echten Scheine erheblich abweicht. Auch falsche Dollarnoten über 4,20 und 21 Mk. Gold Reichsbahngeld, die sich ebenfalls von den echten Noten durch mangelhaften Druck unterscheiden, sind hier mehrfach aufgetaucht, ebenso falsche Dreimarkstücke teils mit, teils ohne Randprägung. Auch bei Annahme dieser Scheine bzw. Münzen ist größte Vorsicht geboten.

* **Ausgehoben.** Bei der in der vergangenen Nacht in einer Gastwirtschaft am Martinsberg vorgenommenen Razzia wurden 27 männliche und 14 weibliche Personen, die sich nicht ausweisen konnten, dem Polizeipräsidium zur Personalienfeststellung zugeführt.

* **Die Feuerwehr auf dem Jahrmarkt.** Gestern nachmittag rückte die Feuerwehr nach dem Jahrmarkt Roßplatz aus, woselbst in der Nähe des Wasserturms ein Draht der elektrischen Stromleitung, anscheinend durch Ueberlastung durchgeglüht war. Die Feuerwehr rückte, nachdem sie den Schaden beseitigt hatte, ins Depot. Personen kamen nicht zu Schaden.

* **Radlerunfälle.** Am Sonnabendnachmittag stießen an der Straßenbiegung Delitzscher Straße, Bahnhofsvorplatz zwei Radfahrer zusammen. Beide kamen zu Fall. Verletzt wurde niemand, hingegen wurde das Fahrrad des einen stark beschädigt. — Am Sonntagvormittag stießen in der Glauchaer Straße ein Motorradfahrer und ein Radfahrer zusammen, wobei das Fahrrad leicht beschädigt wurde. Verletzt wurde niemand.

Film und kleine Bühne.

U.-T., Alte Promenade. „Rin—Tin—Tin". Selten wird dem Besucher sinnfälliger gezeigt werden, was der Tierinstinkt vermag im Gegensatz zur menschlichen Vernunft. Und ist es nur ein Hund. Es fühlt das Tier, daß ihm der Mensch nicht ernstlich Feind sein kann und vergibt ihm Güte mit Treue. So hier im Drama der kanadischen Siedelung. Um seiner sonstigen, besonders bildnerischen Leistungen wegen — die bezaubernde Natur antarktischer Regionen spiegelnd — muß der Film schon als Meisterwerk bezeichnet werden. — Im Junckersflugzeug über Spitzbergen — eine lehrreiche, wissenschaftliche Luftreise — die Gebilde der Eis- und Gletscherwelt des hohen Nordens zu ergründen muß reizvoll, aber auch sehr anstrengend für die drei Teilnehmer gewesen sein. Nicht minder freut sich der Kinobesucher, einen indirekten Blick in diese Werkstatt der Natur werfen zu dürfen. Herrliche Bilder in der schwermütigen, bläulich-weißen Einsamkeit konnte der Kurbelmann, der Direktor einer Züricher Luftfahrtgesellschaft, festhalten. Ihm sei Dank. F—e.

Ammendorf. Die Gewerbe- und Industrieausstellung, die hier in der Zeit vom 28. September bis 1. Oktober stattfindet, ist auch mit einer Ausstellungslotterie verbunden, die als ersten Preis einen Gewinn im Werte von 1500 Mk. aufweist. Auch finden täglich Konzerte in der Ausstellung statt.

Marsanekdoten.

Eine aufsehenerregende Meldung kommt aus Amerika. Der bekannte Astranom, Professor O. Kikmol, hat bei seinen Versuchen, mit dem Mars in Vorbindung zu treten, eine Beobachtung gemacht, die außer in Fachkreisen, vor allem in der Frauenwelt großes Interesse finden wird. Schon früher waren dem Gelehrten, dessen Observatorium mit den vorzüglichsten Apparaten ausgerüstet ist, auf dem Mars bestimmte Flecke aufgefallen, die in schimmernder Weise strahlten und die er anfangs für Schneefelder hielt. Das Eigenartige war jedoch, daß diese Felder auch in Gegenden auftraten, die nach den sicheren Berechnungen Kikmols bis zu 35 Grad Hitze zeigten! Diese Tatsache legte die Vermutung nahe, daß es sich bei der Wahrnehmung um eine andere Erscheinung handeln müsse. Mit Hilfe eines für den Zweck eigens konstruierten besonders leistungsfähigen Teleskops stellte jetzt der Gelehrte fest, daß die weißen Felder nicht aus Schnee bestehen, sondern — Wäschetrockenplätze sind. Diese Entdeckung ist insofern von größter Tragweite, als damit einwandfrei der Beweis für das Bewohntsein des Mars erbracht ist. — Aus der Tatsache übrigens, daß diese Felder in einem so auffälligen und außerordentlich schönen Weiß prangen, schließt Professor Kikmol, daß den Marsbewohnerinnen das bei unsern Hausfrauen in so hoher Gunst stehende P e r s i l bereits bekannt sein muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240908 1-12/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Die Erwerbslosenfürsorge im Kreis Liebenwerda.

Am Donnerstag, dem 4. September, tagte in Elsterwerda eine Sitzung des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes im Kreise Liebenwerda. Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden, Landrat Vogl, mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Festsetzung der Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge. 2. Erlaß von Ausführungsvorschriften zu der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 und 3. Verschiedenes. Beim ersten Punkt teilte der Vorsitzende mit, daß eine Gefahrengemeinschaft für Preußen und die Provinz Sachsen gebildet sei. Diese bedürfe Mittel zur Finanzierung der Erwerbslosenfürsorge. Es mache sich daher notwendig, die bisherigen Beiträge zu erhöhen, denn der bisherige Beitrag von 1 Prozent müsse schon je zur Hälfte an die Gefahrengemeinschaft, ½ Prozent an Preußen und ½ Prozent an die Provinz, abgeführt werden. Der vorhandene Barbetrag zur Unterstützung der Erwerbslosen betrage rund 19 000 Mk. Bei wöchentlicher Unterstützung gebrauche man bei dem jetzigen Bestand der Arbeitslosen 7500 Mk. Es bestehe die Gafahr, daß das Arbeitslosenheer noch vergrößert wird, wie die Anzeichen bei der Buwiag erkennen lassen.

Von den Arbeitnehmervertretern wurde darauf hingewiesen, daß die Lasten von den Arbeitern kaum noch zu tragen seien, man müsse sie daher von noch weiteren Lasten verschonen. Nach gründlicher Prüfung der Notwendigkeit wurde einstimmig beschlossen, ab 1. Oktober die Beiträge auf 2 Prozent zu erhöhen, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte aufzubringen sind. Sollte sich der Arbeitsmarkt bis zum 1. Oktober jedoch bessern, wird der Beitrag dementsprechend reduziert, jedoch müsse es als Mindestbeitrag auch dann bei 1½ Prozent verbleiben.

In den Ausführungsbestimmungen sind einige Verbesserungen für die Erwerbslosen geschaffen. Es ist z. B. eine irrige Auffassung der Beamten einzelner Nebenstellen des Arbeitsamtes gewesen, daß Unterstützungen nur beim Vorzeigen der Entlassungspapiere gezahlt werden; auch vorübergehend oder teilweise Erwerbslose haben unter Vorzeigung eines schriftlichen Ausweises vom Arbeitgeber Anrecht auf Unterstützung. Auch sind andere kleinere Verbesserungen noch eingeführt resp. Unstimmigkeiten aus den Verordnungen vom 16. Februar 1924 geklärt worden. Die Erwerbslosen werden gut tun, sich nicht bei den einzelnen Arbeitsnachweisstellen, sondern bei ihren Organisationen oder bei den Vertretern des Verwaltungsausschusses Auskunft zu holen. Als Vertreter der Arbeitnehmer sind bestimmt: für Landarbeiter Kollege Gericke (Torgau), für alle anderen Arbeiter des Kreises Kollege Kühn, Holzarbeiter (Liebenwerda), Hinterlach, Metallarbeiter (Elsterwerda) — Auskunft bei H. oder im Metallarbeiterbureau, Bahnhofstraße 2, geöffnet von 4 bis 6 Uhr nachmittags —, für das Ländchen Friedrich Noack, Metallarbeiter, und Emil Watte, Maschinist, in Bockwitz. Die vorgelegte Verordnung fand einstimmige Annahme.

Beim Punkt Verschiedenes teilte der Vorsitzende mit, daß es leider sich notwendig mache, einen Beamten des Arbeitsamtes abzubauen. Ein Beschluß könne laut Verfügung vom Ausschuß nicht herbeigeführt werden, denn es habe endgültig der Kreisausschuß zu beschließen. Dieser Abbau soll am 1. Januar 1925 in Kraft treten.

Merseburg. Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge. Vom 1. September dieses Jahres ab betragen die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte zu leistenden Beiträge 1½ Prozent des Grundlohnes. Die Einziehung der Beiträge erfolgt durch die Krankenkasse.

Merseburg. Stadtratswahl. Die Wahlkommission hat die nachstehenden fünf Bewerber um die freie Stadtratsstelle zur engeren Wahl vorgeschlagen: Stadtsyndikus Voigt (Wittenberg), Dr. Necker (Stargard i. P.), Ratsassessor Kuhn (Gotha), Stadtsyndikus Bergmann (Quedlinburg), Dr. Trumpler (Charlottenburg. Die Vorstellung erfolgt in der heutigen Stadtverordnetensitzung.

Merseburg. Einbruchsdiebstahl. Freitag nacht drangen Einbrecher durch das Küchenfenster in die im Erdgeschoß des Grundstücks Neumarkt 70 gelegene Wohnung des Stellmachermeisters Bauer. Die Einbrecher stahlen Kleidungsstücke, Wäsche und 200 Rentenmark.

Braunsdorf. Sitzungsbericht. Die Gemeindevertretersitzung am 4. September hatte sich mit einigen dringlichen Vorlagen zu befassen. In allen Punkten herrschte volle Uebereinstimmung. Zum Bau des Tores am neuen Schulgebäude wurden einstimmig 333 Mk. bewilligt. Der Ueberschuß aus dem Rechnungsjahre 1923/24, in Summa 3000 Mk., soll zum Bau eines Gemeindehauses verwendet werden. Der Etat 1924/25, der mit einem Betrage von 50 607,16 Mk. abschließt, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Der Fehlbetrag von 19 000 Mk. soll durch folgende Steuerzuschläge beglichen werden: Staatliche Grundvermögensteuer 60 Prozent, Gewerbesteuer nach dem Ertrag Klasse I 400 Prozent, Klasse II 300 Prozent, Lohnsummensteuer 800 Prozent. Die Aussprache über den Bau des Gemeindehauses ergab, daß die Vorbereitungen sofort in Angriff genommen und die Erwerbslosen nach Möglichkeit zu den Arbeiten herangezogen werden sollen.

Bitterfeld. Freiballonfahrt. Sonntag vormittag stiegen in Bitterfeld acht Freiballons auf, die um einen Preis für die weiteste Entfernung innerhalb sieben Stunden flogen. Die Landung mußte — um das Ausscheiden des Ballons zu verhindern — genau nach Ablauf der sieben Stunden vor sich gehen. Wie aus Berlin telegraphisch gemeldet wird, ging dort auf dem Exerzierplatz an der Schönhauser Allee einer der Ballons (drei Insassen) um 4.45 Uhr nieder und stieg bald darauf zum kontrollfreien Weiterflug wieder auf. Auch am Tiergarten an der Hofjäger-Allee landete ein Ballon, und zwar der Ballon „Eule" des Bitterfelder Vereins (vier Insassen). Bei den Landungen, die glatt vor sich gingen, kam niemand zu Schaden.

Gräfenhainichen. Verschmelzung des Konsumvereins mit Dessau. Wie schon angekündigt, fand am Sonnabend die letzte beschlußfassende Generalversammlung des Konsumvereins Gräfenhainichen und Umgegend in der „Weintraube" in Gräfenhainichen statt. Diese Versammlung zeigte durch ihre Kürze und ziemliche Einmütigkeit des Beschlusses, daß ihre Besucher die Zeichen der Zeit verstanden haben. Die Verschmelzung mit dem Konsumverein Dessau und Umgegend wurde mit 47 gegen 9 Stimmen beschlossen. Die erforderliche Dreiviertelmehrheit ist also weit überholt. Genosse Lipmann (Dessau) begrüßte diesen Beschluß und sprach die Hoffnung aus, daß die genossenschaftliche Treue auch der neuen Leitung des Konsums erhalten bleiben möge. Ferner erklärte er, ohne Rücksicht auf den Beschluß des Genossenschaftsrates Dessau und Umgegend, der wie er schon jetzt behaupten könne, einstimmig erfolgen werde, würde mit der Belieferung unseres Konsums schon im Laufe der nächsten Woche begonnen werden. Unsere Mitglieder können also dann schon billige Dessauer Backwaren beziehen. Die Zweigstelle Radis bleibt auch erhatten, da die Beschaffung eines geeigneten Lokales gelungen ist und die Radiser Genossen einmütig die Erhaltung der Zweigstelle wünschen.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 8. September.

Divisionsmanöver der Roten Frontkämpfer.

Oeffentliche Versammlung der SPD.

Der Kommandeur des Abschnitts Mansfeld im Roten Frontkämpferbund, der Oberbonze Maurer, hatte am Freitagnachmittag und -abend seinen Abschnitt in den Alarmzustand versetzt. Galt es doch, die für Freitag abend im großen Volkshaussaal in Eisleben angesetzte öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei zu sprengen. Da anscheinend in Eisleben nicht genügend Kräfte mobil gemacht werden konnten, lümmelten bereits in den Nachmittagsstunden die Abgesandten aus den Abschnittsdörfern herum. Wir sahen solche aus Wolferode, Siersleben und anderswo. Sie machten teilweise wenig vertrauenerweckenden Eindruck und erinnerten sehr stark an die Gestalten, die wir aus den Wild-West-Romanen Karl Mays kennen. Es mußten, da die verfluchtige, wiederholt totgesagte Partei der bösen Sozis unverminderten, ja sogar steigenden Zugang hat, somit alle Register gezogen werden, um den Versammlungsbesuch hindernd zu beeinflussen. Und so hatten denn zunächst die lieben, ach so unschuldigen Freunde der Kapedisten alle Zugangsstraßen zum Versammlungslokal mit starken Posten besetzt, die sich mit einem wahren Baumschulenbestand bewaffnet hatten. Knüppel von mehrzölligem Durchmesser sollten gewiß den „hinreißenden Schwung" der russischen Idee zärtlich unterstreichen. Natürlich wurde auch versucht, falsche Gerüchte auszusprengen: „Die Versammlung findet nicht statt!" „Der Referent ist nicht erschienen!" So wurde von diesen politischen Gaunern operiert. Zweifellos hat sich ein Teil derjenigen, die die Absicht des Besuchs hatten und diesen jämmerlichen Trick der edelsten aller Edlen noch nicht kannten, zur Umkehr bewegen lassen. Zudem hatten sich vor der Saaltür in langer und dichter Reihe Mann und Weib in bunter Abwechslung aufgestellt. Es gehörten schon einige Nerven dazu, sich durch die „lieblichen" Blicke hindurchzuwinden. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Kommunisten das Volkshaus als ihre Domäne betrachten. Vielleicht wollten sie das an diesem Abend demonstrieren. Aber über ein kleines, und auch diese Herrlichkeit hat ein Ende.

Die allzugroße Toleranz, die die Sozialdemokraten in ihren Versammlungen bisher den Kommunisten gegenüber übten, die dazu beitrug, daß fast vorwiegend Radauszenen von diesen Herrschaften aufgeführt wurden, die wiederum den tieferen Sinn hatten, anständigen Menschen, die ein Grauen vor der Entfaltung solcher „Tugenden" haben, den Besuch unserer Versammlungen zu verekeln, hat wohl dazu beigetragen, daß die Entwicklung unserer Partei am Orte nicht den wünschenswerten Erfolg hatte. Damit muß endgültig Schluß gemacht werden! In richtiger Erkenntnis der Dinge hatte die örtliche Parteileitung für den notwendigen Schutz der Versammlung durch die Schupo gesorgt. Und siehe da! Schon das Auftauchen der Polizei genügte, um einen dicken Strich durch die „wohlmeinenden" Absichten der Roten „Frontkämpfer" zu machen, und mit dem geplanten „Kaisermanöver" war es aus. Trotz aller dieser kommunistischen Gaunereien war die Versammlung sehr gut besucht. Als sie nun sahen, wie ihre Felle den Bach hinabschwammen, fingen sie an, in den Nebenräumen einen Gesang aufzuführen, der nach unserem Urteil Legionen von Ratten das Leben gekostet haben mag. Aber nur 20 Minuten, und die Stimmbänder waren angeschwollen, sie grunzten nur noch hoffnungslos.

Um so mehr hatten die Versammlungsbesucher, nachdem so die politische Atmosphäre gereinigt war, einen politischen Genuß. In eingehender Weise referierte der Redner des Abends, Genosse Peters (Halle), über „Das Londoner Abkommen und das Verhalten der Parteien im Reichstag". Einen Schritt nach vorwärts, eine neue Periode zur Befriedung der Welt zur wirtschaftlichen Erholung, das war die Tendenz seiner Rede, die andererseits auch nicht die Schwere des Abkommens außer acht ließ. Wenn aber der Geist der Versöhnung, der Wille zur Verständigung in Betracht gezogen, die wirtschaftlichen Tatsachen in Rechnung gestellt werden, dann wird auch über den Londoner Pakt noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Der Vergleich mit 1921 und jetzt zeigt den Umschwung in der Gesinnung der westlichen Länder, ein Umschwung, der keineswegs, wie das sooft zu hören und zu lesen sei, den Oppositionsmanövern der Deutschnationalen, sondern lediglich dem Einfluß der englischen Arbeiterpartei und der neuen politischen Konstellation in Frankreich zu danken sei. Die Gewalt ist in Zukunft gebannt. Gewiß sind nicht alle Forderungen und Wünsche erfüllt, insbesondere im Hinblick auf die Räumung des Ruhrgebietes, jedoch konnte angesichts der Folgen bei einer Ablehnung das Ganze daran nicht scheitern. Eingehend schilderte der Redner die geschichtlich einzig dastehende Haltung der Deutschnationalen, die im Umfall ihren Ausdruck fand. Die Einstellung der Kommunisten fand entsprechende Beurteilung. Sie, die sich wie toll gebärden, sollten sich das Urteil des bekannten russischen Professors Varga über das Abkommen insbesondere vor Augen halten. Demnach ist ihre Haltung in Deutschland elende Heuchelei und Demagogie. Eingehend bespricht der Referent die Folgen einer etwaigen Ablehnung, um dann das Gutachten in seinem Inhalt darzulegen. Die harten ökonomischen Tatsachen werden auch zu einer Korrektur des Londoner Abkommens zwingen. Die Kämpfe im Reichstag finden entsprechende Schilderung und den als Horchposten anwesenden einzelnen Kommunisten bereitet die dabei skizzierte Busenfreundschaft mit den Deutschnationalen keine angenehmen Momente, die noch gesteigert werden, als das Attest des Deutschen Volksparteilers Becker über die Kritik Koenens am Gutachten Erwähnung findet. Mit einem Kampfruf auf die kommenden innenpolitischen Kämpfe endet die Rede. War während der Ausführungen des Genossen Peters wiederholt Zustimmung zu bemerken, so erfolgte am Schluß starker, anhaltender Beifall.

In der Diskussion versuchte der Vertreter der Kommunisten in kurzen Ausführungen einige Entgegnungen vom kommunistischen Standpunkte anzubringen, um dann etwas in Lammesunschuld zu machen. Er meinte nämlich — und das angesichts der andere Auffassung lehrenden Tatsachen — die KPD. hätte die Versammlung nicht sprengen wollen, wir sollten aber nicht durch Aufziehen der Sipo reizen! (Hast du Worte? Als ob wir vorerst über unsere Maßnahmen bei den Kommunisten die Genehmigung nachsuchten! Und wenn übrigens die Schupo um 8 Uhr erscheint, können die Kommunisten doch nicht schon am Nachmittag „gereizt" sein. Oder haben sie in ihren Reihen spiritistische Medien, die mit Vorahnungen geschwängert sind???) Ein weiterer Redner, Hüttenmann Krügel, hat das Bestreben, sich am öffentlichen Versammlungsleben zu beteiligen. Bei seinen Ausführungen muß man weniger die Form als den guten Willen in Betracht ziehen. Es kommt ja auch schließlich, wenn der Volksmund spricht, nicht auf wohlgedrechselte Reden, als auf die Absicht und das Herz, mit seinen Klassengenossen zu fühlen, an. Und das will Krügel, wenn er sagt, daß der Arbeiter keine Belastung mehr vertragen kann. Das trifft besonders auf den Mansfelder Berg- und Hüttenmann zu. Die Genossen Strauß und Jänicke stellten die Absichten des Kommunisten, seine Partei von dem Odium der Versammlungsbeeinflussung zu reinigen, in das rechte Licht. Sinngemäß sind sie in den Eingangsbemerkungen wiedergegeben.

Im Schlußwort ging Genosse Peters auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein, dem Kommunisten attestierend, daß seine Bemerkungen von Sachkenntnis nicht getrübt waren. In scharfen Strichen skizzierte er die politische Haltung der Kommunisten, die für die deutsche Arbeiterbewegung keine Zukunft habe. Als der Kommunist im Verlauf der Ausführungen unseres Referenten MacDonald vorwarf, er möge erst einmal Sozialist werden, wurde ihm eine Antwort zu teil, die in der Versammlung beifällig Aufnahme fand. Und nun geht er noch einmal mit den Kommunisten scharf ins Gericht. Noch ein Mahnruf angesichts der kommenden wirtschaftlichen Kämpfe, die bereits eine Ernüchterung über den Ausfall der Wahlen am 4. Mai gebracht hätten, und auch das Schlußwort fand starken Beifall.

Mit einem Ruf, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen, die sozialdemokratische Presse zu lesen, fand die eindrucksvolle Versammlung durch den Versammlungsleiter Genossen Jänicke ihr Ende.

Leimbach. Verhaftung. Unter dem Verdacht, den Feldhüter Friedrich Bösel ermordet zu haben, wurde der frühere Messingwerkarbeiter, jetzt auf dem Amt Leimbach als Aufseher beschäftigte Gustav Trautmann von hier, Hettstedter Straße, festgenommen. Nachdem am Donnerstag von der Polizei eine Haussuchung bei Trautmann vorgenommen wurde, ist er am Freitag in das Mansfelder Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Burgörner. Brand. Im Hause Mansfelder Straße 35 geriet infolge Unvorsichtigkeit in einer Küche ein Küchenschrank in Brand. Durch das rasche Eingreifen hilfsbereiter Leute und einiger herbeigeeilter Feuerwehrmänner wurde jedoch das Feuer bald erstickt, so daß größerer Schaden nicht verursacht wurde.

Wetter-Voransage.

Dienstag: Meist wolkig bis trüb, windig, etwas kühler, zeitweise Regenfälle.

Mittwoch: Abwechselnd heiter und wolkig, Regenschauer, windig, etwas kühl. Abends klar und kühler.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Gewerkschaftliches: Gottl. Kasparek; Lokales und Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Die eiserne Flut.

(Ein Metallarbeiterroman.)

Von **Paul Täumel** (Halle).

1. Teil.

20 (Nachdruck verboten.)

Franz — er hatte sich gleichfalls erhoben — unterbrach das Stillschweigen, das eingetreten war. Er sprach von der Berechtigung der Arbeiterbewegung, die auch die schlimmsten Feinde derselben nicht beugen könnten. Er sprach von den unleidlichen Zuständen, durch die das Heer der Arbeiter geradezu in den Kampf hineingetrieben würde, und daß sie, wenn sie auch manche häßliche Züge noch zeigten, doch nicht nur um ihre eigene Sache, sondern im Grunde genommen um allgemeine Menschheitsziele kämpften und sich opferten.

Doch Riebeck schnitt ihm die weitere Rede ab: „Genug, genug für heute. Sparen Sie sich das für ein anderes Mal. Deswegen sind Sie ja heute nicht hierhergekommen." Unvermittelt fügte er dann hinzu: „Entschuldigt einen Augenblick!" Mit diesen Worten ging er aus dem Zimmer und ließ sie allein.

Im dunkel gewordenen Zimmer standen sich Franz und Hedwig schweigend gegenüber, das Herz voll, doch die Worte fehlten ihnen. Das sonnige Hoheitsgefühl, das Franz seit dem Blick in Hedwigs Augen und der beglückenden Verheißung einer flüchtigen Körpernähe erfüllte, war bei dem Ausblick in die Verhältnisse, wie sie Riebeck gezeigt hatte, Schritt für Schritt zurückgedrängt worden. Er hatte den Kopf sinken lassen.

„Willst du mutlos werden?" fragte in leisem Tone Hedwig.

„Nie, nie," betonte er leidenschaftlich. Dann zog er sie ans Fenster und deutete hinaus. „Wie ich das Ganze hasse, das graue, unscheinbare Eisen schlägt alles in seinen Bann. Es macht die Herrschenden machtgieriger als sie's schon sind. Es läßt in ihnen gefährliche Träume von wahnsinniger Größe entstehen. Sie wollen sich gleich Göttern über die anderen erheben, und werden grausam gegen die Leibeigenen, deren Denken und Trachten lebenslang auch an diesen Stoff gekettet ist. Er gibt ihnen Arbeit und damit Brot. Aber spaltet die Sklaven, die zu Tausenden täglich an ihm feilen, hämmern und meißeln, in unzählige Kasten, in Hilfsarbeiter, Techniker, Ingenieure, Kaufleute, Direktoren. Sie alle sind an den Rohstoff gebunden; aber der eine ist weltenweit von den anderen entfernt, selbst wenn sie sich tausendmal täglich begegnen. Der eine ist des anderen Gegner, ein allgemeiner Kampf. Plato gab vor mehr als 2000 Jahren einmal eine Verheißung: „Wenn die Weberschiffchen einmal allein gehen werden . . ."; sie gehen allein, aber die Menschen sind mehr Sklaven als damals. Einer kann sich nicht zum anderen finden. Was ist das für eine Ordnung?"

Sie konnte nicht alles verstehen, was er sagen wollte; sie hatte den Wunsch, ihm etwas Freudiges, Schönes zu sagen, und wußte nicht was. Sie lehnte sich deshalb an ihn und sagte nur, halb unbewußt, das Beste findend: „Ich hab' dich lieb."

Da sah er in das liebliche Gesicht, vergaß alles und küßte sie. — Draußen hörten sie die Stimme des Vaters. Sie begaben sich in das Zimmer zurück, in demselben Augenblick, als Riebeck zurückkehrte.

„Ich glaube, man könnte nun doch wohl Licht machen," meinte er und schaltete den elektrischen Strom ein. Unter dem Arm trug er eine Zigarrenkiste. „Für heute soll es genug sein der ernsten Worte." Dann wandte er sich an Hedwig, die die Vorhänge vor das Fenster zog: „Kind, ich möchte dich an deine Hausfrauenpflichten erinnern. Eine Tasse Tee würde mir gerade recht kommen und dein Gast würde sie dir auch nicht abschlagen."

„Aber mit Freuden, Vater," rief Hedwig und war schnell aus dem Zimmer geeilt. Riebeck bot Neuringh von den Zigarren an, aber dieser lehnte ab, da er nicht rauche.

„Wieder ein Aktivposten in der Zukunft," meinte Riebeck lächelnd und begann dann schweigend mächtig zu rauchen. Später kam Hedwig wieder herein mit dem Tee und einigen Kleinigkeiten zum Essen. Nicht wenig stolz und voller Freude, daß sie dieses tun durfte. Es verging für sie noch eine Stunde voll innerer Fröhlichkeit, dann aber glaubte Franz nicht länger bleiben zu dürfen.

Er erhob sich und wollte seinen Dank aussprechen, daß er nicht abgewiesen worden sei. Doch der Obermeister wehrte ab; in drei Monaten sei die Zeit, wo es ernst werden würde, und ehe Neuringh noch zu einer neuen Frage, die ihn am meisten beschwerte, den Mund öffnen konnte, fügte er hinzu:

„Wenn Ihr Besuch mir wieder passend erscheint, so werden Sie von meiner Tochter Nachricht erhalten."

Franz verbeugte sich schweigend, er konnte auf größere Rücksicht vorläufig keinen Anspruch erheben. Hedwig begleitete ihn hinaus; Riebeck rief ihr zu, sie möge die Zimmertür offen lassen, bis sie zurückkehre, eine Anweisung für sie, die bedeutete, den Abschied nicht zu lang zu machen.

Als Hedwig nach kurzer Zeit wieder das Zimmer betrat, sah der Vater sie ernst an: „Mädchen, du brennst ja für ihn durch und durch. Doch ich will mit dir darüber nicht rechten. Eines jedoch verlange ich von dir: daß du ihm nicht mehr gewährst als Küsse."

Hedwig errötete tief. „Vater, du tust mir weh." Riebeck trat auf sie zu und umfaßte hart ihre beiden Handgelenke. „Damit entgehst du mir nicht. Ich verlangn von dir das bündige Versprechen, daß du nach meinen Worten handeln wirst. Wenigstens solange, bis du großjährig bist. Sonst sollst du mich kennenlernen."

Sie sah ihm fest ins Gesicht, obgleich ihr die Tränen in die Augen traten, eine lange Zeit, dann sagte sie leise: „Ich verspreche es dir."

Da wurde er wieder milder und in freundlichem Tone meinte er: „Geh auf dein Zimmer und lege dich zu Bett. Ich habe noch zu tun."

Er saß dann noch lange sinnend am Schreibtisch. Es kam wieder eine Zeit, wo sich ein anderer Wille mit dem seinen kreuzte. Aber er hatte nicht die Absicht, einem unklaren Mädchenwillen widerstandslos nachzugeben. Das war nicht seine Art. Es sollte ja nur zu ihrem eigenen Besten sein. Es fehlte dem Mädchen in diesem Alter die leitende Hand einer vorsorglichen Mutter. Er mußte versuchen, Ablenkungswege zu schaffen und zugleich die Mutter wenigstens in etwas zu ersetzen. Er faßte den Entschluß, sich der Frau des kaufmännischen Direktors anzuvertrauen. Diese und seine verstorbene Frau waren Geschwisterkinder, und dem verwandtschaftlichen Verhältnis war es zum Teil mit zu verdanken, daß sein Aufstieg von einem Posten zum anderen ein verhältnismäßig rascher war und sich jetzt in seiner Hand mehr Betriebseinfluß konzentrierte, als es an solch einer Stelle sonst üblich war.

VIII.

Karl Neuringh hielt die Bewegung der Metallarbeiter zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit immer fester in den Händen. Die Maschen des Netzes, das sich aus den Arbeitern aller Betriebe, von den größten bis zu den kleinsten, bildete, wiesen keine Lücke mehr auf. Ueberall war es ihm gelungen, Kommissionen zu bilden — in den großen Werken bestanden schon Arbeiterausschüsse — und durch diese den Unternehmern nochmals die Forderungen zu unterbreiten. Es war dies eine harte organisatorische Arbeit gewesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192409081-12/fragment/page=0006